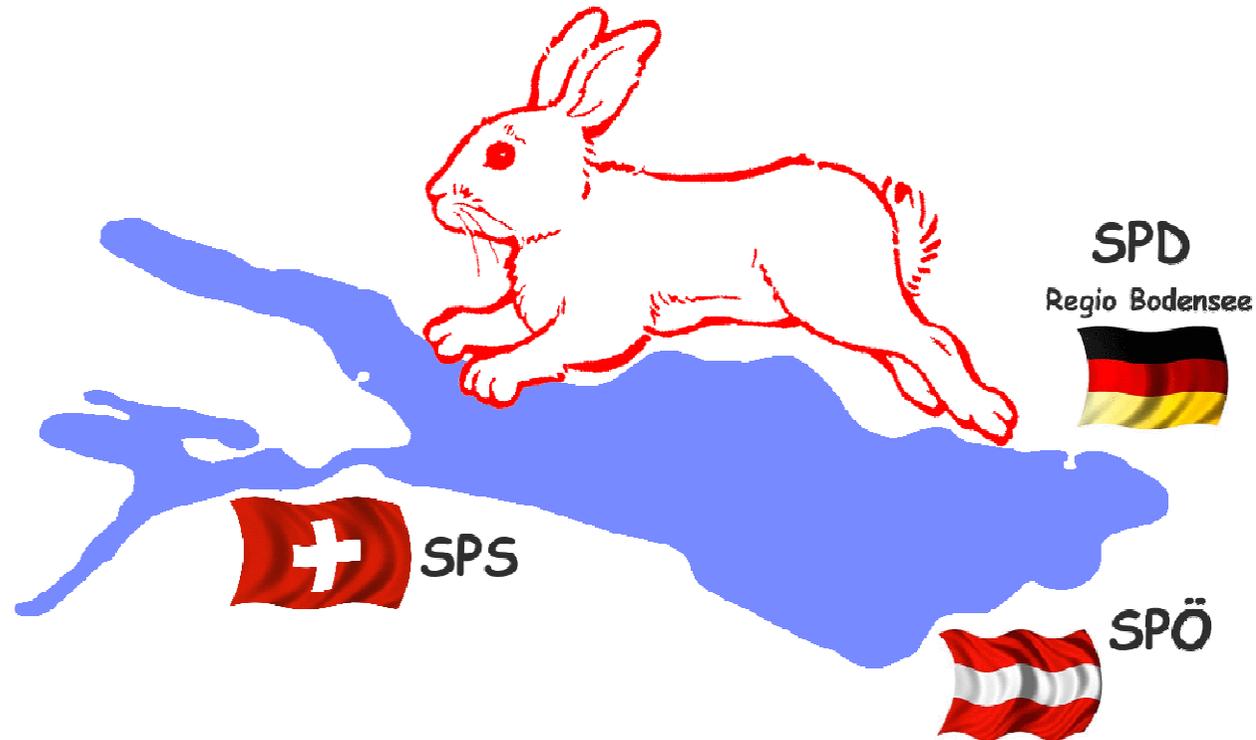


„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org

Ausgabe: 155

05.10.2014

EDITORIAL

Dass Ebola eine höchst gefährliche Krankheit ist, war eigentlich schon lange bekannt. Dass sie sich nun zur Katastrophe des Weltgesundheitsystems entwickelt hat, ist nicht nachvollziehbar. Die Menschheit ist drauf und dran, alle Fehler, die man machen kann, gleichzeitig abzuhaaken.

Warnungen gab es genug: wir schädigen weiter die Umwelt ohne irgendwo ernsthaft Gegenmaßnahmen zu ergreifen. So lange wir noch Tiere im Zoo halten können, ist das Artensterben nicht existent. Wer von den unter 40-jährigen hat schon mal einen Distelfink oder Zittergras gesehen?

100 Jahre nach Beginn von Weltkrieg Nr. 1 bekommen wir massenweise Erklärungen für den Ausbruch zu lesen. Schlauer sind wir nicht geworden. Wie schaffen wir es, mit Staaten verschiedener politischer Systeme, mit Autokraten, friedlich klarzukommen? Sind Sanktionen das einzige Mittel? Was wird, wenn unsere Energie(Gas)versorgung abbricht? Sollte Russland uns (Europa) den Gashahn zudrehen, wird der Winter verdammt teuer. Mich beruhigt dabei nicht, dass die Sowjetunion immer korrekt geliefert hat. Schön, dass wir die IS nicht selbst bekämpfen wollen. Trotzdem ist herausgekommen, dass wir gar nicht könnten. Was die Ausrüstung der Bundeswehr betrifft: wenn Frau von der Leyen nichts von der Misere gewusst hat, hat sie recht spät nachgeschaut. Dass die Bundeswehr nicht einmal genug Personal hat, um urlaubsreife SoldatInnen an den Patriot-Stellungen in der Türkei abzulösen, zeigt, dass die Bundeswehr nicht nur Materialprobleme hat.

Obama ist fast für sein Erbe zu bedauern. Assad, der „Inbegriff des Bösen“, bietet sich zusammen mit dem Iran als „natürlicher“ Verbündeter gegen IS an. Schiiten und Sunniten sollen mitkämpfen. Die Türkei soll den Kurden helfen, ihre Autonomie zu bekommen! Ob Syrien und Irak als Staaten überleben können, ist wohl fraglich.

Mit Jordanien und dem Libanon wären die ehemaligen Mandatsgebiete auch noch auf der Liste. Wer sich auskennt, weiß, dass hier nur noch Israel und Palästina westlich des Jordan fehlen.

In der Bundespolitik sieht es aus, als habe die „GROKO“ die schwierigsten Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet, wo z. B. bleibt die Frage nach der Kalten Progression? Die Gerechtigkeitsfrage ist nicht nur eine Verteilungsfrage!

NSU – B-W ist da nicht auch noch was offen?

Der ROTE SEEHAS hat auch noch ein Anliegen: mein Freund Willi Bernhard hat ganz gegen seine Art sanft reagiert. In jedem Anschreiben zu einer neuen Ausgabe steht:

Kritik ist erwünscht, Anregungen und Beiträge, Berichte von Ihnen und aus den Ortsvereinen werden dringend erbeten.

Wenn Willi feststellt: *„Dieser sozialdemokratischen Internetzeitung im mitteleuropäischen Voralpenraum wird von manchen Beobachtern bisweilen wenig politische Durchschlagskraft nachgesagt.“*

folgere ich: einer Einladung zur Mitarbeit nicht nachzukommen und dann zu meckern, betrachte ich als Unverschämtheit. Der ROTE SEEHAS liefert Nachrichten, Kommentare und Informationen. Für eigene politische Arbeit hat er kein Mandat

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König

Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial - EU: "Wer mehr riskiert, muss auch entsprechend zahlen!" – Europäischer Gerichtshof untersagt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen - "Mehr soziale Teilhabe durch Anrecht auf eigenes Konto"	2, 4-5
- Deutschland: SPD Baden-Württemberg: „Gestatten, Populäre Musik.“ - „Gestatten, TTIP!“	6-9
- Südwestfalen - Region Bodensee-Oberschwaben: " Südbahn verdient gemeinsames Vorgehen aller Abgeordneten	10
- Finanzierungszusage für die Elektrifizierung der Südbahn - Baurecht für die Elektrifizierung der Südbahn	10-11
- Menschen mit Handicap besser beteiligen! Behinderten-Beauftragter Gerd Weimer in Kießlegg	11-13
- Wie erfolgreich ist der Rote Seehas eigentlich?	13
- SPD-Bodenseekreis: „Barrierefreie Wohnungen senken spätere Pflegekosten“ - Land soll das Hagnauer Verkehrsproblem angehen	14-16
- Begegnung mit Hilde Mattheis - Hans Zeller wird Ehrenvorsitzender – Kinder bekommen täglich professionelle Hilfe	16-19
- Asylbewerber-Aufnahme im Bodenseekreis 2014 - Zahlen von Herrn Uwe Hermanns, Finanzdezernent im Landratsamt Friedrichshafen	19-20
- Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	20-21, 29 und 31
- SPD KV BC und Martin Gerster: „Mittendr!n“, das Biberacher Inklusionsprojekt - Thema „Autofreier Marktplatz“ ist ein Renner	22-23
- THW und Kässbohrer verständigen sich auf eine Arbeitsgruppe - Jusos begrüßen Arbeit von Martin Gerster im Haushaltsschuss	23-25
- MdB Martin Gerster empfängt 50 Jugendliche in Berlin	25
- SPD Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis: Ursachen psychosomatischer Krankheiten bekämpfen - Verbesserung der Lebensbedingungen von Demenzerkrankten geht nicht ohne Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs	26-27
- Mietpreisbremse ist gerade in Unistädten nötig - TTIP und CETA kritisch und konstruktiv begleiten - Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung - Kommunen sind gefragt – Lesermeinung	27-29
- SPD Bayern: Unterbezirk Lindau: 30. Verleihung des Sozialistenhutes: an Hannelore Kraft	30-31
- SBI: Vorarlberger Landtagswahl am 21. September 2014	32-33
- SPÖ Österreich SPÖ Vorarlberg: Schmerzliches Ergebnis für SPÖ – ÖVP verliert Absolute mit deutlichem Minus	34
- „Kampf gegen Stadttunnel - weitere Ohrfeige für Grünen-WählerInnen“ - Jede Gemeinde sollte ein bis zwei Flüchtlingsfamilien aufnehmen	34-35
- SP Schweiz: - SP Kanton SG: SP und Grüne für die Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee - SP und Grüne kämpfen erfolgreich für die Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee - „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“, 12. September in Buchs - „Ja zu allen sechs Spitalvorlagen“	36-40
- SP sagt Ja zu Bauvorhaben an der Kantonsschule Sargans und am Landwirtschaftlichen Zentrum in Salez - SP und Grüne begrüßen die Haushaltskonsolidierung und bemängeln die Nullrunde beim Staatspersonal	41-42
- Abstimmungen am 28.09.2014	42
- SP Kanton AI: Prämienexplosion 2015 – Ja zu einer öffentlichen Krankenkasse! - Prämienexplosion stoppen!	43-44
- Schluss mit dem Kassenfilz – Ja zur öffentlichen Krankenkasse - Keine Steuergeschenke für wenige	44-45
- Impressum	46

Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Wer mehr riskiert, muss auch entsprechend zahlen!"

Europaabgeordnete fordern gerechte Lastenverteilung bei Bankenabgabe

Vor dem Treffen der EU-Kommission und Experten der Mitgliedstaaten zur Festsetzung der Beiträge für den Bankenabwicklungsfonds am Mittwoch fordert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses, erneut Korrekturen an den bisherigen Entwürfen. "Die Beitragshöhe jedes Instituts muss sich viel stärker als bislang vorgesehen an seinem Risiko und somit auch an seiner Systemrelevanz orientieren. In den aktuellen Entwürfen werden riskante Geschäftsmodelle aber immer noch viel zu wenig in Rechnung gestellt", kritisiert der Finanzexperte.

"Hier muss noch einmal nachbessert werden", stellt **Peter SIMON** im Rahmen einer Verhandlungsrunde zwischen dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission am Montag klar. Nachdruck verliehen wurde der Forderung nach einer faireren Verteilung der Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds zudem noch durch ein fraktionsübergreifendes Schreiben an Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Darin sprechen sich auf Initiative der Europaabgeordneten Sven Giegold, Burkard Balz und **Peter SIMON**

zudem länderübergreifend mehrere Mitglieder des Wirtschafts- und Währungsausschusses dafür aus, die besondere Rolle von Förderbanken und Banken, die einem Institutssicherungssystem angehören, bei der Beitragsberechnung zu berücksichtigen. Unterscriben haben neben **Peter SIMON** auch die SPD-Europaparlamentarier Udo Bullmann und Jakob von Weizsäcker.

"Wer auf vorbildliche Weise Vorsorge trifft oder mit staatlichen Garantien unterlegt Wirtschaftsförderung betreibt, muss dafür auch mit niedrigeren Belastungen durch den Bankenabwicklungsfonds belohnt werden. Alles andere wäre ein fatales Signal", unterstreicht **Peter SIMON**. "Einen Kuhhandel auf dem Rücken sicherheitsorientierter Banken wird es mit uns nicht geben."

Den Brief an Binnenmarktkommissar Michel Barnier im Wortlaut finden Sie als zusätzlichen Anhang zu dieser Mail.

Hintergrund:

Mit der Verabschiedung der Verordnung zur Schaffung des gemeinsamen Bankenabwicklungsmechanismus und Fonds durch das Europäische Parlament im April 2014 hat die Europäische Kommission den Auftrag erhalten, die technischen Details der Beitragssätze zum Fonds zu bestimmen. Die offiziellen Vorschläge der Europäischen Kommission dazu werden in Kürze erwartet. Das Europäische Parlament kann diese innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung ablehnen.

Brüssel, 09.09.2014:

Weitere Informationen:
Büro Simon, MdEP

Europäischer Gerichtshof untersagt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Der Europäische Gerichtshof hat sich gegen die Möglichkeit ausgesprochen, die Zahlung von Mindestlöhnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorzuschreiben - zum Bedauern der SPD-Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt**. Falls die Arbeiten komplett im Ausland erledigt werden, kann etwa der Mindestlohn des Auftraggeber-Landes nicht vorgeschrieben werden, urteilte der EuGH am Donnerstag in Luxemburg.

„Mit diesem Urteil erweist der Europäische Gerichtshof den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Bärendienst“, erklärt die baden-württembergische Abgeordnete. „Bei der Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmer im Ausland müssen die Menschen dort selbstverständlich ebenfalls angemessen bezahlt werden, mindestens nach dem dort geltenden Mindestlohn.“

Im vorliegenden Fall entschied die Bundesdruckerei, die von der Stadt Dortmund vergebene Aufgabe an ein Subunternehmen in Polen auszulagern. Laut nordrhein-westfälischem Landesrecht müssen Arbeiten, die mit öffentlichen Geldern bezahlt werden, mit mindestens 8,62 € pro Stunde vergütet werden. Das deutsche Unternehmen beanstandete die Mindestlohnvorgabe für im Ausland erledigte Arbeiten. Demnach sei eine solche Mindestlohnvorgabe ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit.

„Mit dieser Entscheidung untermauert das Gericht seine bisherige Position, Unternehmerinteressen von Anbietern aus Billiglohnländern höher zu gewichten als die Interessen der heimischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter“, kritisiert **Evelyne Gebhardt**, sozialdemokratische Sprecherin des Binnenmarktausschusses des Europaparlaments. „Die Bürger und Bürgerinnen Europas wollen keinen Binnenmarkt, der Hungerlöhnen Tür und Tor öffnet.“

„Der Europäische Gerichtshof sollte seine Rechtsprechung überdenken, die sozialpolitische Ziele und wirtschaftliche Grundfreiheiten in einem Widerspruch sieht“, so **Evelyne Gebhardt**. „Selbstverständlich müssen Sozialkriterien in einer Ausschreibung auch für Subunternehmer gelten, damit Schlupflöcher für die Umgehung von Ausschreibungsvorgaben geschlossen werden können.“

Sozialdumping und die Ausbreitung von Subunternehmertum dürften laut **Evelyne Gebhardt** nicht auch noch mit dem Geld der Steuerzahler finanziert werden. Der Arbeitnehmerschutz rechtfertige in solchen Fällen eine partielle Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit, so die Sozialdemokratin.
Straßburg, den 18.09.2014 Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON und Evelyne GEBHARDT:

"Mehr soziale Teilhabe durch Anrecht auf eigenes Konto"

EU-Richtlinie mit Rechtsanspruch auf Basiskonto tritt heute in Kraft

Die Zeiten, in denen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu einem Bankkonto verwehrt werden konnte, sind in Kürze endgültig vorbei. Heute tritt die sogenannte EU-Zahlungskontenrichtlinie in Kraft, die u. a. einen europaweiten Rechtsanspruch auf ein Basiskonto mit grundlegenden Funktionen wie Überweisungen, Abhebungen an Automaten und Online Banking vorschreibt. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie jetzt innerhalb von zwei Jahren umsetzen.

„Allein auf das Wohlwollen der Banken ist zukünftig keiner mehr angewiesen, wenn er ein Konto eröffnen möchte. Der jahrelange Kampf von uns Sozialdemokraten gegen diese soziale Ungerechtigkeit trägt Früchte“, unterstreichen die beiden baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Evelyne GEBHARDT** und **Peter SIMON**. „Ein Bankkonto ist schließlich kein Luxus sondern die Basis für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“, so die beiden weiter.

„Banken dürfen Studierenden, Saisonarbeitern oder freien Dienstleistern nicht länger ein Konto verweigern, nur weil sie aufgrund ihrer Tätigkeit keinen Wohnsitz haben. Das Basiskonto schafft Abhilfe“, erläutert **Evelyne GEBHARDT**, Sprecherin der sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. „Allein die schätzungsweise 670.000 Menschen ohne Girokonto in Deutschland haben endlich die Chance, den Teufelskreis aus „Keine Wohnung – Kein Konto – Keine Arbeit“ zu durchbrechen. Europaweit haben sogar 58 Millionen Menschen kein Konto und die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher sein“, betont **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Straßburg, 17.09.2014

Für weitere Informationen:

Abgeordnetenbüro Peter Simon, Evelyne Gebhardt Jan Rössmann (Pressesprecher).

SPD Deutschland

SPD Baden-Württemberg

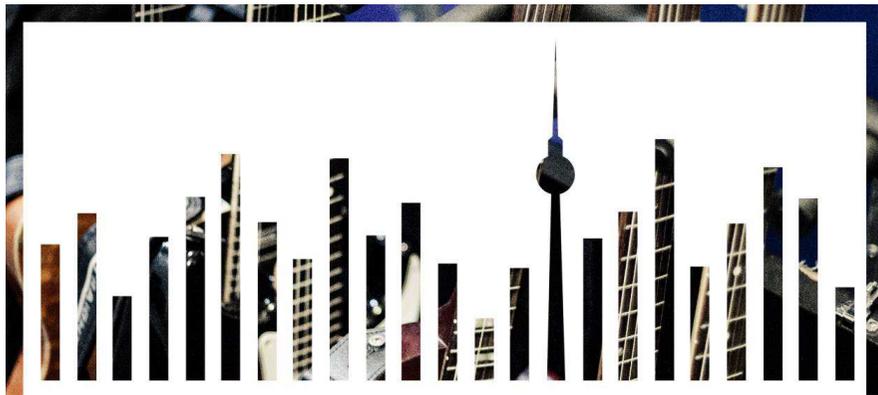


Baden-Württemberg
VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND

POPAKADEMIE | UNIVERSITY OF
BADEN - W Ü R T T E M B E R G | POPULAR MUSIC AND
MUSIC BUSINESS

„Gestatten, Populäre Musik.“

Branchenabend der Popakademie Baden-Württemberg



Die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund lädt in diesem Jahr gemeinsam mit der Popakademie Baden-Württemberg zum Branchenabend ein. Akteure aus allen Bereichen der Musikbranche kommen für dieses Event in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin zusammen, um Ideen auszutauschen und zu Netzwerken. Insbesondere Alumni der Mannheimer Hochschuleinrichtung nutzen die Gelegenheit jedes Jahr, um

sich in ungezwungener Atmosphäre mit Musikern, Produzenten und Managern zu treffen.

Impulse setzt die Popakademie an diesem Abend mit einem Diskussionspanel zum Thema „Populäre Musik und Internationalisierung“. Die beiden Popakademie-Geschäftsführer Prof. Hubert Wandjo und Prof. Udo Dahmen begrüßen dazu Künstler und prominente Gäste aus Kultur und Wirtschaft auf der Bühne, um Innovationen und Trends zu besprechen. Mit dabei in der Diskussionsrunde sind unter anderem der Präsident des Deutschen Kulturrates, Christian Höppner und Musikproduzent Michael Herberger.

Musik gibt es selbstverständlich auch: Neben Auftritten von den Bands **Konvoy** und **Mine** sorgt eine DJane für den passenden Sound.

Donnerstag, 11. September 2014, 19:30 Uhr

Landesvertretung Baden-Württemberg, Tiergartenstraße 15, 10785 Berlin

Freier Eintritt nur mit bestätigter Anmeldung per E-Mail an antwort@lvtberlin.bwl.de mit dem Stichwort „Popakademie“



„Gestatten, Baden-Württemberg. Landesvertretung in Berlin.“

10.09.2014

Presse_LV_BW

Baden-Württemberg und Hamburg:

Änderungen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen

Bundesratsminister Friedrich:

Sehr schnell menschenwürdige und sichere Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung bauen oder umzunutzen

„Wir brauchen dringend Veränderungen im baugesetzlichen Bereich, um den Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme mehr Spielraum zu geben“, sagte der baden-württembergische Bundesratsminister **Peter Friedrich** am 18. September 2014 in Berlin. Gemeinsam mit Hamburg und anderen Ländern fordert Baden-Württemberg in einer Bundesratsinitiative, die Voraussetzungen zur Flüchtlingsunterbringung im bau-gesetzlichen Bereich zu verbessern. Die Initiative „Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen TOP 65“ sieht vor, dass die Belange von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Rahmen der Bauleitplanung stärker zu berücksichtigen sind. Zudem soll – zeitlich befristet bis Ende 2019 – durch ein Maßnahmengesetz die dringend nötige Flexibilität bei der Bauplanung geschaffen werden. So soll beispielsweise die kurzzeitige Einrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende im unbepflanzten Innenbereich, in sog. Außenbereichsinseln und in Gewerbegebieten erleichtert bzw. ermöglicht werden. Durch Übergangsfristen wird die Neuregelung für die Kommunen handhabbar gestaltet.

„Im Baurecht hat die Flüchtlingsunterbringung momentan keine Priorität als Gemeinwohlaufgabe. Wir wollen, dass es auch in Gewerbegebieten und gemischten Gebieten möglich ist, sehr schnell menschenwürdige und sichere Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung zu bauen oder umzunutzen“, betonte der Minister Friedrich. „Das muss möglich sein, ohne gleiche einen kompletten Bebauungsplan ändern zu müssen“, so der Minister weiter.

Nach Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge werden dieses Jahr wahrscheinlich mindestens 200.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik kommen. Die Nutzung von Flächen innerhalb der Ballungszentren für Menschen, die oft aus Krisengebieten nach Deutschland kommen, stellt vor dem

Hintergrund fehlender Wohnungen in den Ballungsräumen ein großes Problem dar. Flächen, die zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum für den Wohnungsbau benötigt werden, stehen im Regelfall nicht zur Verfügung. Die zeitnahe Nutzung anderer Flächen scheitert vielfach an planungsrechtlichen Vorschriften. Aus diesem Grund sind im Bereich des Bauleitplanungsrechts gesetzgeberische Maßnahmen zu tätigen. Friedrich, der auch Europaminister des Landes Baden-Württemberg ist, fordert zudem von der Bundesregierung sowie der EU-Kommission weitere Vorschläge, um die Aufnahme und die Unterbringung von Flüchtlingen europaweit besser zu bewältigen. „Eine einseitige Investition in Grenzkontrollen und Grenzsicherung greift zu kurz. Es müssen auch mehr Gelder für Aufnahme und Unterbringung eingesetzt werden.“

18. September 2014

Presse_LV_BW



Baden-Württemberg

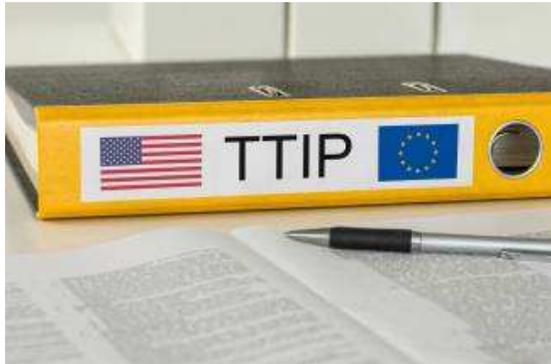
Vertretung des Landes beim Bund

„Gestatten, TTIP!“

„Regulatorische Zusammenarbeit – Innovatives und notwendiges Instrument

oder Gefahr für Schutzstandards und Demokratie? Daten, Fakten, Hintergründe“

Round-Table-Gespräch mit Expertinnen und Experten aus Praxis, Wissenschaft und Politik



©canstockphoto

**Mittwoch, 8. Oktober 2014, 11 bis 13 Uhr,
Landesvertretung Baden-Württemberg,
Tiergartenstraße 15
10785 Berlin**

Seit Sommer 2013 verhandeln die Europäische Kommission und die US-Regierung über die Schaffung der größten Freihandelszone der Welt, die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Ein besonderes Merkmal des geplanten Abkommens besteht darin, dass es sich bei diesem um ein „lebendes“ Abkommen handeln soll. Unter dem Stichwort der Regulatorischen Zusammenarbeit sollen nicht nur bestehende regulatorische Handelshemmnisse abgebaut, sondern institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um auch zukünftig bei Gesetzgebungs- und Normensetzungsaktivitäten Handelsbarrieren zu vermeiden. Hierfür soll ein Regulierungsrat etabliert werden.

Die Befürworter einer engeren regulatorischen Zusammenarbeit argumentieren, dass durch eine enge institutionalisierte Zusammenarbeit zukünftig nicht-tarifäre Handelshemmnisse vermieden werden könnten. So soll u. a. sichergestellt werden, dass der gegenseitige Informationsaustausch in Fragen, die den transatlantischen Handel betreffen, verbessert wird, dass die Regulierungsbehörden stärker zusammenarbeiten und dass im Rahmen von

Gesetzesfolgenabschätzungen die Auswirkungen der beabsichtigten Regulierungsmaßnahmen auf den transatlantischen Handel berücksichtigt werden.

Kritiker befürchten jedoch, dass durch eine transatlantische regulatorische Zusammenarbeit existierende Schutzstandards verwässert werden, neue ambitionierte Gesetze in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards im Keim ersticken könnten, demokratische Prozesse ausgehöhlt werden und Vertreter der Industrie Sonderrechte erhalten könnten.

Für eine institutionalisierte regulatorische Zusammenarbeit im Rahmen von Freihandelsabkommen gibt es bereits Vorbilder: Kanada und die USA betreiben seit 2011 einen Rat für die regulatorische Zusammenarbeit und im transatlantischen Verhältnis hat es mit dem Transatlantic Economic Council (TEC) bereits ein ähnliches Gremium gegeben. Auch beinhaltet der derzeit diskutierte Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) Vorschläge für eine verbesserte Regulierungszusammenarbeit u. a. in Form eines Regulierungsforums.

Ziel der Veranstaltung ist, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, der Zivilgesellschaft und Unternehmen sowie mit Expertinnen und Experten aus der Regulierungszusammenarbeit Mindestanforderungen an eine transatlantische Regulierungszusammenarbeit zu diskutieren. Hierbei sollen insbesondere die folgenden Fragen adressiert werden:

- Welche Ziele sollten mit der Regulierungszusammenarbeit verfolgt werden?
- Welche institutionellen Rahmenbedingungen müssten hierfür geschaffen werden?
- Wie ist sicherzustellen, dass eine solche Zusammenarbeit demokratische Gesetzgebungsprozesse nicht aushöhlt? Wie sollten Stakeholder eingebunden werden?
- Was kann aus der bereits etablierten Regulierungszusammenarbeit etwa Zwischen Kanada und den USA, den Erfahrungen mit dem Transatlantic Economic Council (TEC) und der Diskussion über Regulierungszusammenarbeit im Rahmen von CETA gelernt werden?

Wenn Sie teilnehmen möchten, schreiben Sie bitte eine kurze Email an presse@lvtberlin.bwl.de mit dem Betreff: „Internet – TTIP-Round-Table-Gespräch“.

Programm

10:30 Uhr **Ankunft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

11:00 Uhr **Begrüßung**

Volker Ratzmann, Dienststellenleiter und Leiter Politische Angelegenheiten, Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin
Prof. Dr. Christian Thorun, Institut für Verbraucherpolitik – ConPolicy GmbH; Berlin

11:15 Uhr **Impulse von**

Lutz Güllner, Stellvertretender Leiter Referat „Communication, Information and Civil Society“, Europäische Kommission, DG Trade, Brüssel

„Ziele und Verhandlungsstand zum Thema regulatorische Zusammenarbeit aus Sicht der EU-Kommission“

Christiane Gerstetter, Senior Fellow, Ecologic Institut, Berlin

„Regulatorische Zusammenarbeit in TTIP - Anmerkungen zur Diskussion aus Umweltsicht“

11:45 Uhr **Kommentare: Erwartungen aus NGO- und Unternehmenssicht**

Ernst-Christoph Stolper, Staatssekretär a. D.

Mitglied im AK Internationale Umweltpolitik des BUND

Dr. Stormy-Annika Mildner,

Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin

12:15 Uhr **Gemeinsame Diskussion: Perspektiven für die transatlantische regulatorische Zusammenarbeit**

13:00 Uhr **Ausklang bei einem Mittagsimbiss**

14:00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Mitveranstalter:



Das Institut für Verbraucherpolitik (ConPolicy GmbH) ist ein Forschungs- und Beratungsunternehmen, das auf verbraucherpolitische Fragen spezialisiert ist. Die Dienstleistungen des Instituts richten sich an öffentliche Einrichtungen (wie die EU-Kommission und die Bundes- und Landesregierungen), Verbände und Unternehmen, die sich mit verbraucherpolitischen Fragen befassen.

Landesvertretung Baden-Württemberg, Tiergartenstraße 15, 10785 Berlin.

Internet: www.lvtberlin.baden-wuerttemberg.de

Berlin, 02.10.2014

Presse_LV_BW

Südwürttemberg -Region Bodensee-Oberschwaben:

Südbahn verdient gemeinsames Vorgehen aller Abgeordneten

Auf Initiative der Ulmer Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** haben sich Parlamentarier zwischen Ulm und Friedrichshafen parteiübergreifend zusammengetan und ihre Forderungen an die Verkehrsminister im Bund, **Alexander Dobrindt** und im Land, **Winfried Hermann** formuliert: „Wir bitten Sie, alles dafür zu tun, dass die Südbahn schnellstmöglich elektrifiziert wird“.

Mit ihrem Fraktionskollege Martin Gerster aus dem Wahlkreis Biberach, **Annette Groth** aus dem Bodenseekreis und **Agnieszka Brugger** aus Ravensburg beteiligten sich Abgeordnete aus fast allen im Bundestag vertretenen Parteien an der Initiative. „Die Elektrifizierung der Südbahn ist dringend erforderlich, damit wir in der Region verkehrstechnisch nicht abgehängt werden“, verdeutlichte Mattheis das gemeinsame Anliegen. Deshalb werde an den Landesverkehrsminister Hermann appelliert, weiterhin seinen Beitrag zu leisten, dass das Planfeststellungsverfahren rechtzeitig geschlossen und Baurecht erteilt wird, bevor der Bundesverkehrswegeplan 2015 alle offenen Projekte neu priorisiere. Bundesverkehrsminister **Dobrindt** werde an sein Versprechen vom Juni 2014 erinnert, als er sagte: „Der Bund steht ohne Wenn und Aber zur Südbahn“.

„Schön wäre gewesen, wenn alle Abgeordneten diese Initiative mitgetragen hätten, denn es geht um gemeinsame Interessen der Region“, so **Mattheis** abschließend.

11. September 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Brief an Minister Alexander Dobrindt

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße 44

11015 Berlin

Finanzierungszusage für die Elektrifizierung der Südbahn

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

die Elektrifizierung der Südbahn ist ein Anliegen, das wir Kollegen aller Fraktionen sowie die Verantwortlichen in Bund und Land unterstützen. Auch Sie haben erst im Juni 2014 öffentlich geäußert, „ohne Wenn und Aber zur Südbahn“ zu stehen. Wir bitten Sie, alles dafür zu tun, dass die Südbahn schnellstmöglich elektrifiziert wird.

Dennoch ist die Unsicherheit groß, ob dieses für unsere Region so wichtige Verkehrsprojekt wie geplant in Kürze realisiert wird. Wir haben gemeinsam an den Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, Winfried Hermann geschrieben. Darin fordern wir ihn auf, das Planfeststellungsverfahren zu beschleunigen und möglichst noch 2014 Baurecht zu erteilen.

Sie bitten wir dringend, die erforderliche Finanzierungszusage des Bundes noch in diesem Jahr zu erteilen, bevor der Bundesverkehrswegeplan 2015 das Projekt unnötig verzögert beziehungsweise die Realisierung ganz in Frage gestellt wird. Die Kommunen und das Land haben bereits die Kosten für die Vorplanung und die Entwurfs- und Genehmigungsplanung übernommen. Wie Sie wissen, ist im Landeshaushalt auch die Hälfte der Baukosten eingestellt.

Schaffen Sie Sicherheit für die Menschen in der Region und erteilen Sie die Finanzierungszusage! Lassen Sie die allgemein unterstützte und für notwendig erachtete Elektrifizierung der Südbahn nicht an einer Stichtagsregelung scheitern.

Vielen Dank für Ihre Rückmeldung!

Freundliche Grüße

11.09.2014 gez.: Agnieszka Brugger, MdB Hilde Mattheis, MdB Martin Gerster,
MdB Annette Groth, MdB Über: Dagmar Neubert-Wirtz,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Brief an Herrn Minister Winfried Hermann

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
Postfach 10 34 52

70029 Stuttgart

Baurecht für die Elektrifizierung der Südbahn

Sehr geehrter Herr Minister Hermann,

die Elektrifizierung der Südbahn ist ein Anliegen, das wir Kollegen aller Fraktionen sowie die Verantwortlichen in Bund und Land unterstützen. Auch Sie engagieren sich für dieses in unserer Region so wichtige Verkehrsprojekt. Wir bitten Sie, alles dafür zu tun, dass die Südbahn schnellstmöglich elektrifiziert wird.

Dennoch ist die Unsicherheit groß, ob dieses für unsere Region so wichtige Verkehrsprojekt wie geplant in Kürze realisiert wird. Wir haben gemeinsam an den Bundesverkehrsminister **Alexander Dobrindt** geschrieben. Darin fordern wir ihn auf, noch 2014 die Finanzierungszusage zu erteilen.

Sie bitten wir, weiterhin darauf hinzuwirken, das laufende Planfeststellungsverfahren rechtzeitig zu beenden und das für die Finanzierungszusage des Bundes erforderliche Baurecht noch in diesem Jahr zu erteilen, bevor der Bundesverkehrswegeplan 2015 das Projekt unnötig verzögert beziehungsweise die Realisierung ganz in Frage gestellt wird.

Schaffen Sie Sicherheit für die Menschen in der Region und erteilen Sie Baurecht! Lassen Sie die allgemein unterstützte und für sinnvoll und notwendig erachtete Elektrifizierung der Südbahn nicht an einer Stichtagsregelung scheitern.

Vielen Dank für Ihre Rückmeldung!

Freundliche Grüße

11.09.2014 **gez.:** Agnieszka Brugger, MdB Hilde Mattheis, MdB Martin Gerster,
MdB Annette Groth, MdB

Über: **Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Inklusion:

Menschen mit Handicap besser beteiligen! Behinderten-Beauftragter Gerd Weimer in Kißlegg

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** ließ sich **Gerd Weimer** einen Tag lang im württembergischen Allgäu über den Stand der Inklusion für Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft informieren. „Es nötigt mir allen Respekt ab“, bekannte der Behindertenbeauftragte der Stuttgarter Landesregierung, früherer Bürgermeister u. Landtagsabgeordneter in Tübingen, „was ich im Altkreis Wangen heute gesehen und erlebt habe“. Und was in der Allgäu-Gemeinde Kißlegg kommunalpolitisch in dieser Beziehung entwickelt worden sei in den letzten Jahren, das könne sich wirklich sehen lassen, antwortete Weimer dem anwesenden Bürgermeister Krattenmacher. Die Beteiligung behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben sei dank etlicher innovativer Ideen und Initiativen hier mustergültig verbessert worden, so das Fazit von Gerd Weimer nach seiner Tour durch etliche Einrichtungen und Firmen. Das sei auch ein besonderer Akzent im künftigen LEADER-Raumordnungskonzept für das Allgäu, fügte der Kißlegger Bürgermeister Krattenmacher in seinem Grußwort zu Beginn einer abschließenden Veranstaltung im „Ochsen“ in Kißlegg hinzu.

Walter Leyh, Landesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft „Selbst aktiv“, kündigte bei dieser Gelegenheit ein neues Arbeitsprogramm an, mit dem Kommunalpolitiker in Städten, Gemeinden und Landkreisen praxisnahe Orientierungen bekommen sollen, wenn verbesserte Rahmenbedingungen zur Barrierefreiheit und zur Eingliederungshilfe im Interesse der Menschen mit Behinderungen angestrebt werden sollen. www.selbstaktiv.de Er plädierte dafür, die Menschen mit Handicap an Planungen in der Kommunalpolitik vor Ort aktiv zu beteiligen und sie nicht auszugrenzen. Gerd Weimer reklamierte in Kißlegg einen „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Politik, die vor fünf Jahren einstimmig im Bundestag und in der Länder-



Bringen gutgelaunt die Inklusion voran: MdB Gerster, LBB Weimer und "SelbstAktiv" Vorstand Leyh (v. r.)

Foto: Jonas Butscher, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

kammer die neue Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert habe. „Das muss Konsequenzen haben“, sagte Weimer, „nicht nur im Schulwesen“. Früher habe man von behinderten Menschen große Anpassungsleistungen verlangt und habe die großen Behinderten- und Pflegeheime ganz in Wäldern versteckt, abseits von Siedlungen und Wohngebieten, nur damit die „Normalos“ nicht mit ihnen in Kontakt kommen sollen. Die neue Rechtslage verlange von der Gesellschaft heute eine Anpassungsleistung an die Interessen der Behinderten. Klar sei, so Weimer, dass man diese Umsteuerung nicht auf Knopfdruck und erst recht nicht zum Nulltarif hinbekomme. Wenn die Infrastruktur in den Städten und Gemeinden bis 2030 barrierefrei umgestaltet werden soll, von den Kitas und Schulen bis zum öffentlichen Verkehr und am Arbeitsplatz, dann müsse man dafür 53 Milliarden Euro veranschlagen. Andererseits: Derzeit seien 11 Billionen Euro an Privatvermögen im Umlauf, und 60 Prozent davon bei nur 10 Prozent der Haushalte! Die Vermögenssteuer ist bekanntlich 1997 vom Bun-

desverfassungsgericht gekippt worden. Leider! Inklusion müsse zur Chefsache gemacht werden, wenn etwas vorangebracht werden soll, mahnte Gerd Weimer und verwies auf die Aktivitäten der Schultes in Kißlegg, Schorn-dorf, Mannheim. Die Bundespolitik habe die Leistungen bei der Eingliederungshilfe neu geregelt nach dem Bundesteilhabegesetz.

Das Landesbehindertengleichstellungsgesetz will die kommunale Politik in diesem Feld ebenfalls stärken, bis hinein in die Landesbauordnung zur Durchsetzung von Standards im Wohnungsbau. Hierfür werde ein Landesaktionsplan entwickelt mit acht Handlungsfeldern, die in besonderen Regional-konferenzen noch erläutert werden.

„Das schwierigste Thema ist die Inklusion an der Schule“, sagte Gerd Wiemer. Es sei noch ein steiniger Weg zurückzulegen, um gemäß dem Konnexitätsprinzip die Kommunen bei den Umbaukosten an den Regelschulen zu entlasten. Es gelte, so Weimer, dabei nach Lösungen zu suchen und nicht vorwiegend mit der Wiederholung von Sachargumenten Fortschritte bei der Inklusion zu verzögern. Die Landesregierung habe zudem 200 zusätzliche Sonderpädagogen an Regelschulen bewilligt, um den fachlichen Austausch mit den anderen Lehrkräften zu vertiefen. Eine weitere Herausforderung sei die Inklusion im Kita- und Krippenbereich.

In der Diskussion mit den Zuhörer/innen bei der Veranstaltung im „Ochsen“ in Kißlegg würdigte der Behindertenbeauftragte der Landesregierung die Firma Knoll in Bad Saulgau, die einen regen Austausch ihrer Mitarbeiter/innen mit einer Behindertenwerkstatt im Interesse eines Perspektivenwechsels organisiere. Auch Böhringer-Ingelheim, ein bekanntes pharmazeutisches Unternehmen in Biberach, habe ein europaweit mustergültiges Projekt zur Integration behinderter Mitarbeiter/innen in der Belegschaft entwickelt.

Die Ausgleichsabgabe in den Unternehmen als Ersatz für die Nichteinhaltung der allfälligen Beschäftigtenquote müsse deutlich angehoben werden, auf das höhere Niveau im benachbarten Frankreich. 14 Prozent der behinderten Erwerbstätigen bundesweit sind arbeitslos, wusste eine Teilnehmerin zu berichten. Für Menschen mit Handicap entwickelt die Branche immer bessere Navigationssysteme zur Umwelt-Orientierung etwa bei Sehschwächen.

Veränderung durch die Politik in der vorgeschriebenen Beschäftigungsquote in Betrieben:

Noch unter der Kohl-Bundesregierung: 6 %	Schröder-Regierung: 5 %
---	----------------------------

Beschäftigungsquote von behinderten Menschen in Baden-Württemberg:

Bereich Wissenschaftsministerium: 3,6 %	Bereich Wirtschaft im Land BW 3,8 %
Bereich Kultusministerium: 4,9%	

In Baden-Württemberg leben 2014 1,5 Millionen Menschen mit einem Handicap. Ausführlicher ging Gerd Weimer auch auf den Sektor Mobilität ein und mahnte nachdrücklich die Bahn-Manager, sich nicht länger zu sperren gegen Verbesserungen bei der Personenbeförderung in den Nahverkehrs- und Fernreisezügen gemäß den Vorschriften im Kapitel „Mobilität“ im SGB IX. Auch auf den Kursschiffen auf dem Bodensee, am Rhein und in den innerdeutschen Binnenseen müsse für behinderte Fahrgäste mehr getan werden im Sinne der Barrierefreiheit und der Kostentransparenz beim Lösen des Fahrtickets für Behinderte und Begleitpersonen.

23.9.2014

W.Bernhard

Das muss auch mal gesagt sein

Wie erfolgreich ist der Rote Seehas eigentlich?

Dieser sozialdemokratischen Internetzeitung im mitteleuropäischen Voralpenraum wird von manchen Beobachtern bisweilen wenig politische Durchschlagskraft nachgesagt. Ja, sie zählt (noch) nicht zur Weltpresse, und auch nicht zu den führenden Medien in Europa oder in der deutschen Bundesrepublik. Nix für ungut. Man will nicht unbescheiden oder gar maßlos wirken. Schuster, bleib bei deinen Leisten, sagt man.

Im Augenblick hält sich der Rote Seehas allerdings einen kleinen Erfolg zugute. In einigen Artikeln hat er sich in letzter Zeit mit der Gebührenpolitik bei der außerfamiliären Kinderbetreuung auseinandergesetzt. Er hat recherchiert, wie es um das Thema „Gebührenfreiheit im Kindergarten“ steht.

Bei den aktuellen Wahlen – von Schweden bis Vorarlberg – haben sich die Sozialdemokratischen Parteien für dieses Ziel eingesetzt, damit auch einkommenschwache Familien und gerade auch Migrantenfamilien ihre Kinder für die Sprachförderung in die Kindertagesstätte schicken können. Und da sind hohe allmonatliche Gebühren von 400 Euro und darüber ein dickes Hindernis. Das weiß Michael Ritsch aus Bregenz, das weiß auch Dieter Stauber aus Friedrichshafen. Die Sozialdemokraten in Vorarlberg, in den Freistaaten Sachsen und Thüringen und im skandinavischen Land Schweden haben daraus die Konsequenz gezogen und haben sich für eine Befreiung der Eltern von den Gebühren in der Kinderbetreuung im Wahlprogramm ausgesprochen. In Deutschland verzichten die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Berlin auf solche Gebühren, in Österreich Wien und Oberösterreich. Ansonsten gibt es Hunderte von Städten und Gemeinden, die auf die Erhebung von Gebühren für die Kinderbetreuung verzichten, weil der Kindergarten eine Bildungseinrichtung ist ebenso wie die Schule und die Hochschule.

Selbstverständlich gibt es neben der Gebührenpolitik für die betroffenen Familien in der frühkindlichen Bildung noch weit mehr zu tun: es sind kleinere Kindergruppen und ein besserer Personalschlüssel erforderlich. In den Kitas droht ein enormer Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen. Und ihr monatliches Einkommen ist ebenfalls sehr beklagenswert im Verhältnis zur hohen Bedeutung ihrer Arbeit für die künftige cognitive und soziale Sozialisation der Heranwachsenden. Man kann viel in die Hochschulbildung investieren, das nützt nicht viel, wenn schon im Unterbau, in der Elementarpädagogik, unzureichende Bedingungen herrschen, bei allem Respekt vor der engagierten Arbeit der Erzieherinnen.

Und jetzt kommts! Dank der Recherchen im Roten Seehas zu diesem Thema ist es der SPD-Fraktion im Gemeinderat in der Ufergemeinde Uhldingen-Mühlhofen (am Bodensee) gelungen, eine Mehrheit gegen die übliche Erhöhung der Kindergartengebühren 2014 zu bekommen. Die von der Gemeindeverwaltung heuer beantragte Gebührenerhöhung konnte also abgewendet werden! Wer es nicht glauben mag, wende sich vertrauensvoll an die SPD-Gemeinderäte in Uhldingen-Mühlhofen. Also ist der Rote Seehas doch nicht ganz ohne Einfluss, wie dieses Beispiel belegen kann.

W.Bernhard

25.9.2014

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



Meckenbeuren:

SPD setzt sich mit dem Wohnraum-Bedarf in der Schussengemeinde auseinander:

„Barrierefreie Wohnungen senken spätere Pflegekosten“

Mit dem wachsenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auch im Unteren Schussental setzte sich die Orts-SPD bei einem geselligen Treffen auseinander. Bei jungen Familien, aber auch bei den Senioren und bei Flüchtlingen vor Ort sei die Schaffung von geeigneten Wohnungen und Unterkünften ein immer dringlicheres Problem. SPD-Gemeinderätin Ingrid Sauter wies auf den kommenden Bebauungsplan „Keckeisen“ in der Meckenbeurer Ortsmitte hin, bei dem ein neues Seniorenzentrum mit 31 Wohneinheiten und einem Pflegeheim geplant sei. Eine größere Herausforderung sei für die SPD aber das Thema „Betreutes Wohnen“ und der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen in der Schussengemeinde, der mit dem Areal Keckeisen nur teilweise abgedeckt sei. Viel zu wenig nützten Bürger und Wohnungseigentümer die vielfältigen Möglichkeiten des Landeswohnraum-Förderungsprogramms der Stuttgarter Landesregierung, gerade beim Umbau zugunsten eines weitgehend barrierefreien Wohnraums, bedauerte Vorstandsmitglied Bernhard. „Seniorengerechte Wohnungen senken spätere Pflegekosten“, fügte er hinzu, unter Hinweis auf einschlägige Erkenntnisse in der Altersforschung. Es lohne sich also, in barrierefreies Bauen und Sanieren zu investieren.



Im Gespräch über die Wohnbauförderung (von links:) Vorstandsmitglied Willi Bernhard, Gemeinderätin Ingrid Sauter und Altgemeinderat Hugo Hermann.

Foto: SPD Meckenbeuren

Vom SPD-Ortsverein hatte knapp ein Dutzend interessierter Mitglieder und Gäste an dem Treffen teilgenommen. Sie bekundeten ihre Aufmerksamkeit für eine bessere Integrationspolitik im Bodenseekreis bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerber. Händeringend suche die Kreisverwaltung in den hiesigen Städten und Gemeinden nach geeigneten Unterkünften, dem wachsenden Bedarf entsprechend, weiß die Orts-SPD. Immerhin sei in Meckenbeuren seit einigen Monaten eine Familie aus dem vom jahrelangen Bürgerkrieg heimgesuchten Syrien wohnhaft, um die sich das Sozialreferat der Gemeindeverwaltung fürsorglich kümmere. Wenn die Bundes- und die Landespolitik eine höhere Aufnahmequote beschließe, müsse auch die Gemeinde Meckenbeuren dazu beitragen, dass mehr Wohnungen für diese Menschen bereitgestellt werden könnten. Dies sei aber nicht nur eine Angelegenheit der Gemeindeverwaltung, sondern der gesamten Bürgerschaft. Die Orts-SPD will bei der Wiederbelebung des früher sehr aktiven und überparteilichen Arbeitskreises Asyl mitwirken.

11.09.2014

W.Bernhard

Land soll das Hagnauer Verkehrsproblem angehen

Die Landtagsabgeordneten Martin Hahn und Klaus Käppeler bekommen Unterstützung vom Verkehrsminister

Hagnau / SZ
Es soll ein Vorstoß sein, die Umfahrung von Hagnau deutlich voranzutreiben: Für den grünen Landtagsabgeordneten Martin Hahn, den SPD-Betreuungsabgeordneten für den Bodenseekreis, Klaus Käppeler, den grünen Kreisvorsitzenden, Markus Böhlen, sowie den SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Stauber wird es dafür allerhöchste Zeit. Das wurde auf einem Pressetermin am Donnerstagnachmittag im Winzerverein Hagnau deutlich.

Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) habe bereits signalisiert, den Vorstoß zu unterstützen und den Planungsbeginn im Regierungspräsidium Tübingen zu befürworten. „Das haben wir schon früher vom Verkehrsminister gefordert“, sagt Käppeler. Laut Stauber sei Hagnau die einzige Ortschaft am Bodensee, die noch durch eine Bundesstraße zer-

schnitten wird. Sollte das Nadelöhr in Hagnau nicht behoben werden, so böten alle übrigen Planungen und Umsetzungen für die B 31 am Bodensee keine echte Lösung für das Verkehrsproblem auf dieser Straße. „Der begrenzende Faktor ist, was Hagnau durchlässt“, sagte Käppeler.



v. li.: Bernd Caesar, Dieter Stauber, Martin Hahn, MdL Grüne, MdL Klaus Käppeler, SPD
Foto: Schwäbische Zeitung

Abprache mit Simon Blümcke

Nachdem die B 31neu Friedrichshafen/West die Finanzierungszusage und der Anschluss der B 31neu faktisch die Baufreigabe erhalten habe, müsse nun der Blick auf Hagnau gelegt werden. „Es ist jetzt angeraten, in diese Richtung zu drängen und eine Lösung für Hagnau anzugehen“, sagte Hahn, der den jetzigen Vorstoß auch mit Simon Blümcke besprochen habe. Hagnaus Bürgermeister habe im Kreistag bereits angeregt, eine Resolution zu verabschieden, dass die Planungen für Hagnau endlich beginnen sollen.

Dass in der Region andere Straßen wie etwa die B 311 bei Unlingen oder die B 31 bei Ravensburg stärker Berücksichtigung gefunden hätten, würde an der fehlenden Planung für Hagnau liegen. Diese soll nun ergebnisoffen und in einem Mediationsverfahren eröffnet werden. „Es kann hinterher keiner sagen, dass er nicht gehört worden ist“, erklärte Käppeler den Vorteil dieses

Verfahrens. Und Hahn ergänzte: „So entstehen möglichst wenig Fronten.“ Der grüne Landtagsabgeordnete zeigte sich davon überzeugt, dass ein Beteiligungsverfahren notwendig sei, „um die Wünsche der Kommunen zu einem Konsens zu bringen“.

Belastbare Aussage von Hermann

Stauber erinnerte daran, dass es ohne Planung keine Planfeststellung gebe und ohne Planfeststellung keinen Bau. Daher sei er froh über die belastbare Aussage von Hermann, dass das Regierungspräsidium damit beauftragt werde, mit der Planung zu beginnen. „Es kommt heute nicht auf die Variante an, ob Tunnel oder Trasse“, sagte er.

Für Käppeler könne der Tunnel vielleicht die angenehmste Lösung sein, aber ob er schnell komme, wage er zu bezweifeln. Auch für Stauber sei es wichtig, dass am Ende des Planungsprozesses „eine Lösung mit breiter Akzeptanz gefunden wird, damit der ganzen Region genüge getan wird“.

Quelle: Schwäbische Zeitung Online / 11.09.2014
mit freundlicher Genehmigung

Begegnung mit Hilde Mattheis

Beim Sommerfest der SPD-Friedrichshafen hatte ich die Gelegenheit Hilde Mattheis, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ulm, zu begegnen. Dies war für mich ein guter Moment mich bei Hilde einmal zu bedanken. Ich hatte im laufenden Jahr 2014 mehrfach an die Berliner SPD-Spitze meine Meinung zu der derzeitigen Politik mitgeteilt und herzlichst um Rückmeldungen gebeten. Relativ schnell antwortete mir immer nur Hilde und teilte mir Ihre Meinung zu meinen Anliegen mit. Das hat mich sehr gefreut und musste an diesem Tag ihr persönlich gesagt werden.

Es ist sicher nicht selbstverständlich, dass sich die hohe Politik um einzelne Meinungen kümmert. Doch mir wollte es nicht gefallen, dass es immer heißt, wir nehmen die Menschen mit, wollen mit ihnen im Gespräch bleiben, um dann bei speziellen Anliegen einfach nicht zu

reagieren. Das ist kein Meinungsaustausch und kein besonders guter Stil, wenn man, wie die SPD, den Anspruch erweckt Politik für die Menschen zu machen.

In diesem Sinne
15.09.2014

Ihr Helge Körber, Friedrichshafen



Foto: Helge Körber / FN / 15.09.2014

Hans Zeller wird Ehrenvorsitzender

Die Markdorfer SPD würdigt damit seine Verdienste für Stadt und Kreis

MARKDORF - Es ist äußerst selten, dass es bei der SPD auf Ortsvereins-ebene einen Ehrenvorsitzenden gibt. Ganz anders beim Markdorfer Ortsverein, der in einer Feierstunde am Freitagabend in der Stadthalle den langjährigen, engagierten Sozialdemokraten Hans Zeller zum Ehrenvorsitzenden ernannte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster überreichte die Ehrenurkunde. Zudem wurden zahlreiche Mitglieder für langjährige Zugehörigkeit zur SPD geehrt.

Markdorfs Bürgermeister Georg Riedmann dankte den Geehrten für ihr langjähriges politisches Engagement, dass sie sich für die Interessen der Mitbürger eingesetzt haben. Hohen Respekt zollte er Hans Zeller, der sich noch heute in der Partei engagiere und für das Gemeinwesen einsetze. Zeller habe sich beispielhaft lokal- und parteipolitisch engagiert, dafür gesorgt, dass politische Inhalte von unten nach oben umgesetzt werden, nicht umgekehrt. Es gelte die Parteien als Lösungsquellen für gesellschaftliche Probleme auch in Zukunft quicklebendig zu erhalten, sagte der Bürgermeister.

Den politischen Lebensweg von Hans Zeller skizzierte Martin Gerster kurz: Hans Zeller trat 1962 in seiner Heimat Franken der SPD bei, drei Jahre später kam er nach Markdorf, wenige Jahre später war er freigestellter Betriebsrat bei ZF in Friedrichshafen, 18 Jahre gehörte er dem Markdorfer Gemeinderat an. Sieben Jahre war er Vorsitzender des Ortsvereins und 25 Jahre im Kreistag. Für seine vielfältige politische Tätigkeit wurde er im Jahr 2002 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Gerster dankte Zeller für seine beispielhaften Leistungen für die Markdorfer SPD und wünschte, dass er weiterhin aktiv bleibt. In der Ehrenurkunde dankt der Ortsverein Hans Zeller für sein erfolgreiches Engagement in der SPD, er habe damit einen Beitrag für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geleistet. Den Menschen zu helfen und der Sache der



v. li.: Hans-Peter Sieger, Martin Gerster, Hans Zeller
Foto: SPD Markdorf

Sozialdemokratie zu dienen, sei für ihn ein hohes Gut gewesen. Mit seiner Arbeit habe er beispielhaft die sozialdemokratischen Ideale, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit Leben erfüllt.

In seiner Antwort erinnerte Hans Zeller an verschiedene Aktivitäten der SPD in den vergangenen 50 Jahren. So wurde von den SPD-Frauen mittels Unterschriftenliste der Wochenmarkt initiiert, und eifrig sei die Einrichtung des Bildungszentrums diskutiert worden. Zwei Wünsche habe er noch, sagte Zeller, dass es eine Willy-Brandt-Straße in Markdorf gebe und dass der Rebstock saniert oder neu gebaut werde.

Montag, 22. September

2014 Brigitte Walters, Szon

Mit freundlicher Genehmigung durch Redaktionsleiter Hr. Gerards

Weitere Ehrungen

Die Markdorfer SPD hat am Freitagabend weitere Personen geehrt.

Für **45-jährige** Parteizugehörigkeit:

Charlotte Zeller-Kraus, Dieter Päschel, Anni und Joachim Hulin, Rolf Gertitschke, Eduart Ertner.

Seit **25 Jahren** dabei sind Manfred Bastian, Thomas Strasser, Tina Herrmann, Helga Todt, Anni Frick,

seit **20 Jahren** Wolfgang Zimmermann und Gerda Völler.

(bw)

Kinder bekommen täglich professionelle Hilfe

SPD-Kreistagsfraktion bei „Rückenwind“ in Überlingen – Freie Träger im Blick

Im Rahmen einer Fraktionssitzung besuchte die neue Kreistagsfraktion der SPD einen Anbieter von tagesflexiblen Gruppen für Kinder und Jugendliche in Überlingen. Bei der Einrichtung mit dem bezeichnenden Namen „Rückenwind“ handelt es sich um ein Angebot für rund 40 junge Menschen. Die SPD-Fraktion interessierte sich auch für das Zusammenspiel von freien Trägern und der Jugendhilfeplanung im Bodenseekreis. Die spannende Frage blieb am Ende: Nach welchen Kriterien wird der Bedarf an solchen Angeboten im Bodenseekreis berechnet?

In dem Überlinger Haus können 18 Jugendliche bis zum Alter von 14 Jahren aufgenommen werden. „Rückenwind“ ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Leiter Sebastian Paulsen ist zugleich Regionalge-



Bildtext: Die SPD-Kreistagsfraktion besuchte die Überlinger sozialpädagogische Fach-einrichtung „Rückenwind“, um von Sebastian Paulsen (dritter von rechts) konkret zu erfahren, wie die Arbeit dieser Häuser aussieht. Die SPD möchte sich in der kommenden Wahlperiode verstärkt der Familienpolitik und Fragen von Jugendlichen widmen. Mit im Haus „Rückenwind“ waren: (von links) Dieter Stauber, Ingrid Sauter, Norbert Zeller, Jochen Jehle und Michael Wilkendorf. **Bild:** Büchelmeier

schäftsführer des Verbandes. So konnte er sehr kompetent über die Arbeit mit seinen „Kundinnen und Kunden“ Auskunft geben. Gerade wenn ein familiäres oder ein schulisches Problem die jungen Menschen aus der Bahn zu werfen drohe, könne mit dem Angebot flexibler Tagesgruppen ein Rettungsnetz ausgeworfen werden. In der Regel werden die Jugendlichen und Kinder von den Jugendämtern an die passende Einrichtung vermittelt. Meist gehen sie nach dem Unterricht direkt in die Häuser, wo sie den restlichen Tag in einer „wertschätzenden Gemeinschaft“ mit anderen verbringen. In den Häusern von „Rückenwind“ – neben Überlingen gibt es noch drei weitere Standorte im westlichen Bodenseekreis – werden die Jugendlichen bei den Hausaufgaben betreut und bei ihren Entwicklungsthemen begleitet und gefördert. Ob gemeinsames Kochen oder Sport und Gespräche – die Einrichtungen geben jungen Leuten und deren Familien echten „Rückenwind“.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Schule, Kinderärzten und Jugendämtern ermöglicht auch eine effiziente Arbeit von „Rückenwind“. Der Aufenthalt von Jugendlichen in diesen Tagesgruppen geht daher meist nach rund zwei Jahren wieder zu Ende. Ziel ist ja die Rückkehr in das familiäre Umfeld. Die Kreistagsmitglieder interessierten sich für die Details der Betreuung, für die Finanzierung und natürlich auch für die Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung. Fraktionsvorsitzender Norbert Zeller sieht in solchen freien Einrichtungen eine wichtige Hilfe für Familien und Jugendliche, die in persönliche Schwierigkeiten geraten. Es müsse daher der Bedarf und die spezifischen Angebote sehr sorgfältig erhoben und geplant werden. Die Transparenz solcher Planung hilft auch den freien Trägern, die auch auf Veränderungen der Gesellschaft reagieren müssen. Vor einer eventuellen Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen könne ein flexibles und gut geplantes Angebot sehr viel bringen. Gerade die Stärkung der Familie und konkrete niederschwellige Hilfen für schwierige familiäre Situationen seien im Blick der SPD-Kreispolitik, so Zeller.

29.09.2014

Josef Büchelmeier

Asylbewerber-Aufnahme im Bodenseekreis 2014

Die Landeserstaufnahmeeinrichtung in der Stadt Karlsruhe ist die primäre Aufnahmestation für Flüchtlinge in Baden-Württemberg. Von hier werden die Menschen, Frauen, Männer, Kinder, Familien, nach einer bestimmten Quote den 44 Stadt- und Landkreisen im deutschen Südwesten zugewiesen. Ab Herbst sind weitere Erstaufnahme-Einrichtungen in Meßstetten sowie Freiburg, Mannheim, Tübingen, Heidelberg und Bruchsal zur Entlastung der völlig überbelegten Karlsruher Einrichtung vorgesehen.

www.fluechtlingsrat-bw.de. Der Landkreistag kritisiert das Unikum, dass nur in Baden-Württemberg bis jetzt Unterkünfte für Flüchtlinge und Schutzbedürftige in Wohngebieten, aber nicht in Gewerbegebieten nach dem Landesbaurecht zulässig sind. Dies müsse dringend geändert werden, fordert der Landkreistag. Bis Weihnachten 2014 erwartet die Landesregierung in Stuttgart die Unterbringung im Land von bis zu 23 000 Flüchtlingen (2013: 13 853). 12 566 Euro zahlt das Land pauschal pro Asylbewerber nach dem neuen Flüchtlingsaufnahme-Gesetz. Die Innenminister von Bund und Ländern haben sich Mitte September darauf geeinigt, 10 000 zusätzliche Bür-

gerkriegsflüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Auf das Land sollen davon 1 300 entfallen. Bundesinnenminister De Maiziere hat Ende September die Schaffung von weiteren 350 Stellen im Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugesichert, um die Entscheidung über die Asylanträge rascher herbeiführen zu können.

Im Bodenseekreis gibt es Gemeinschaftsunterkünfte in Überlingen-Goldbach, in Kressbronn, in Friedrichshafen und in Markdorf. Dem Landratsamt stehen zwei hauptamtliche Betreuer sowie einige Teilzeitangestellte und natürlich etliche kirchliche u. a. freie Ehrenamtliche für die humanitäre Aufnahme der Flüchtlinge zur Verfügung. Der Bodenseekreis liegt in den 44 Stadt- und Landkreisen nach Angaben des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg eher im unteren Mittelfeld. Verbesserungen sind aber nach Auskunft des Finanzdezernenten Uwe Hermanns fürs nächste Jahr geplant. Die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber in den Landkreisen und anschließend in den Städten und Gemeinden erfolgt nach dem neuen FLüAG, dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Baden-Württemberg vom 19. Dezember 2013. Die grün-rote Landesregierung hat in diesem Gesetz den Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit den Flüchtlingen bekräftigt. Das Land Baden-Württemberg muss 12,97 Prozent der beim Bund ankommenden Asyl suchenden Personen aufnehmen und unterbringen. In einer Gemeinschaftseinrichtung müssen mindestens 40 bzw. 60 Unterbringungsplätze für Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Bis zum 31. Dezember 2015 muss jedem Flüchtling eine Wohn- und Schlaffläche, inklusive Gemeinschaftsräume, von 4,5 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Ab 1. Januar 2016 kann jeder Flüchtling in Baden-Württemberg einen Platz von 7 Quadratmeter Wohn- und Schlaffläche einfordern. Pro 10 Flüchtlinge in einem Gemeinschaftsraum sind eine Dusche u. eine Toilette üblich. Ebenso eine Gemeinschaftsküche und ein Waschraum. An die Gemeinden zahlt der Landkreis eine Miete. Im Krankheitsfall leistet der Landkreis Krankenhilfe.

Die Bundesregierung ist nach der aktuellen Zustimmung des Bundesrats (mit MP Winfried Kretschmann) dabei, die Arbeitssperre für Asylbewerber in den ersten neun Monaten auf drei Monate zu verkürzen. So steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU u. SPD von Weihnachten 2013. Gemeinnützige Arbeiten, 1-Euro-Jobs sind möglich. Im Monat dürfen die Menschen ma-

ximal 100 Stunden arbeiten. Pro zu gewiesenem Flüchtling erhalten die Städte u. Gemeinden einen einmaligen Betrag von 135 Euro.

Ende September 2014 sind im Bodenseekreis 730 Flüchtlinge untergebracht. Nächstes Jahr rechnet die Kreisverwaltung monatlich mit bis über 100 weiteren Schutzsuchenden.

Im Juni 2014: 35
Im Juli 2014: 55
Im August: 66
Im September: 71
Im Oktober: 81
Im Januar 2015: über 100

01.10.2014.

W.Bernhard

Zahlen von Herrn Uwe Hermanns, Finanzdezernent im Landratsamt Friedrichshafen:

Der Bodenseekreis hat in den letzten Monaten vom Land BW bzw. aus Karlsruhe zugewiesen bekommen:

Juni 35 Asylbewerber
Juli 55 Asylbewerber
August 66 Asylbewerber
September 71 Asylbewerber
Oktober 81 Asylbewerber

im Januar 2015 voraussichtlich über 100 monatlich

im Februar 2015 voraussichtlich 150 Asylbewerber

in Kressbronn jetzt: Heim mit 60 Männern

in Kehlen wird bis Februar 2015 eine modulare Container-Anlage für 25 Menschen erstellt, so Bürgermeister Schmid.

Ende September 2014 sind im Bodenseekreis 730 Flüchtlinge untergebracht. Nächstes Jahr ist monatlich mit 100 weiteren zu rechnen (im Moment 25 in Meckenbeuren, bis Ostern 2015 72 Asylbewerber) Vor dem umstrittenen Asylkompromiss 1993 hat es in der Schussengemeinde mal 87 Asylbewerber gegeben....

Hermanns hat große Probleme, in den Kreisgemeinden genügend geeignete Wohnungen/Unterkünfte zu finden. Zeltlager und Turnhallen sind als letzter Ausweg vorgesehen.

Die Orts-SPD Meckenbeuren veranstaltet am 17.Oktober im Mehrgenerationenhaus der Stiftung Liebenau am Bahnhof einen Gesprächsabend zum Thema: Wiederbelebung, Aktivierung des früheren Arbeitskreises Pro Asyl mit der Besprechung von Aufgaben der Ehrenamtlichen für die Aufnahme/ Unterbringung von Flüchtlingen. Beginn: 19 Uhr

w.b.

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzungen SPD Bodenseekreis

Dienstag, 14.10.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Ort: Überlingen-Nussdorf

im Gasthof Jehle | Nebenzimmer, Zum Salm 8 | 88662 Überlingen-Nußdorf

Telefon: +49 7551 63843

Montag, 10.11.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Gasthof Gehrenbergblick (Nebenraum) in FN-Kluffern ...

OV Ailingen:

Vortrag mit Diskussion zum Freihandelsabkommen

Freitag, 24.10.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Gasthof Adler, Hauptstraße, Ailingen

Die 2. Ailinger Gespräche widmen sich dem geplanten Freihandelsabkommen. Mit **Harald Klimenta** konnte ein profunder Kenner zu diesem Thema gewonnen werden. Mit seinem Vortrag und der anschließenden Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung versuchen wir uns ein Bild zu machen, ob der Vertrag wirklich so gut für uns und unsere Wirtschaft ist oder birgt er die Gefahr des Abbau von Produktionsstandards, von Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnen-Rechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ggfs. sogar von Teilen unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit?

OV Bermatingen:

politisches Wurstsalatessen

Freitag, 10.10.2014

18:00 Uhr - 20:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

In gemütlicher Runde treffen wir uns beim Wurstsalatessen

Ortsvereins-sitzung

Montag, 03.11.2014

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

50 Jahre SPD Ortsverein Bermatingen

Samstag, 08.11.2014

17:00 Uhr - 21:00 Uhr

Ort: **Foyer DGH**

OV Friedrichshafen:

SPD Vorstandssitzung

Dienstag, 07.10.2014

19:00 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Hotel Restaurant Schloßgarten FN

OV Kluftern:

Dienstag, 21.10.2014

13:30 Uhr - 16:00 Uhr SPD Kluftern

Besuch der Bernd- Blindow- Schule

Frau Dr. Andrea Postulka lädt uns ein zu einem Besuch der Bernd-Blindow-Schule in Friedrichshafen. Die Schule bildet u. a. pharmazeutisch technische Assistenten (PTA) aus. Frau Postulka hat bei uns auf der SPD Kluftern-Ortschaftsratsliste kandidiert....

OV Kressbronn:

Öffentliche SPD Fraktionssitzung Kressbronn

Montag, 13.10.2014

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Gasthaus Löwen, Nebenzimmer, Kirchstraße 32, Kressbronn

Im Wahlkampf 2014 haben wir Ihnen versprochen, wir wollen transparent handeln und Sie, die Bürgerinnen und Bürger, mit ins Boot holen. Dafür haben Sie uns bei der Wahl Ihr Vertrauen und Ihre Stimme gegeben. Wir wollen Sie zur monatlichen offenen Fraktionssitzung einladen. Sie haben die Möglichkeit Fragen zu stellen, auch und insbesondere zu den aktuellen Themen, die bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 15.10.2014 auf der Tagesordnung (siehe Ankündigung in der kleinen Seepost, oder unter www.kressbronn.de unter Bürger/Rathaus& Service/Kommunalpolitik/ Gemeinderat aktuell) stehen. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

SPD-Politiker machen sich kundig:

„Mittendr!n“, das Biberacher Inklusionsprojekt

BIBERACH (hb) – Der Biberacher SPD-Bundestagabgeordnete **Martin Gerster**, Landes-Behindertenbeauftragter **Gerd Weimer** und der Landesprecher für die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv der SPD, Walter Leyh, haben jetzt den Verein für familienunterstützende, integrative Behindertenarbeit (fiB) in Biberach besucht. Das Ziel des fiB-Teams ist es Menschen mit und ohne Behinderung zusammenzubringen und ihnen schöne Stunden zu ermöglichen. Leiterin Petra Jung stellte den Gästen, darunter die Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat, Gabi Kübler und einige freiwillige Helfer, das Projekt „Mittendr!n“ vor, das aus einer „Wunschwerkstatt“ und einer „Zukunftswerkstatt“ besteht.

Das Motto des Projekts: „Zukunft gestalten in und um Biberach“. Damit möchte der Verein verstärkt Inklusion in Bereichen wie Freizeit, Bildung und Arbeit fördern. Ganz im Vordergrund steht auch das Wohnen, das für den einen oder anderen nicht bezahlbar ist oder nicht barrierefrei. Diese Hindernisse wollen die fiB-Mitglieder aus der Welt schaffen. Deshalb befragen sie Betroffene, was sich im Umgang mit diesen und in der Gesellschaft allgemein ändern sollte. Wünsche und Bedürfnisse werden von den Menschen mit Behinderung geäußert und von den Mitarbeitern versucht umzusetzen.

„Zuerst muss uns der Abbau von Barrieren in den Köpfen der Menschen gelingen“, betonte Petra Jung. „Und das kann man nur auf kommunaler Ebene schaffen.“ Man müsse erreichen können, dass die Stadt Biberach eine Art „Leuchtturmfunktion“ übernehme. Das heißt, die anderen Gemeinden und



Foto: Engagiert dabei: Gerd Weimer, Walter F. Leyh und Martin Gerster (v.l.).

Foto: Jonas Butscher

Foto: Jonas Butscher, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

Landkreise sollten sich an Biberach und an dessen Erfolgen in Zukunft orientieren können.

Martin Gerster sprach seinen Respekt gegenüber der Initiative aus: „Wichtig ist, dass die betroffenen Menschen miteinbezogen werden und auf deren Äußerungen Rücksicht genommen wird.“ Er möchte den Verein weiterhin unterstützen. Gerd Weimer stimmte Martin Gerster zu und lobte die Arbeit von Petra Jung und den Einsatz für das Inklusionsprojekt.

18.09.2014

Helen Berg, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

SPD Biberach:

Thema „Autofreier Marktplatz“ ist ein Renner

BIBERACH - 229 Wochenmarktbesucher haben beim jüngsten Infostand des SPD-Ortsvereins Biberach abgestimmt zum Thema „Autofreier Marktplatz“.

152 sagten ja zum autofreien Marktplatz, 10 ja nur an Markttagen und 67 waren dagegen.



SPD-Marktstand autofrei: Diskussionen

Foto: SPD Biberach

„Im Gespräch mit Biberacher Händlern und Marktbesuchern zeichnet sich eine komplett andere Meinung ab“, erläuterte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Werner Drews. „Hier kam ein klares Nein.“ Für sie seien die Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz wichtig. Die Stellplätze hätten eine hohe Frequenz durch Kunden, die noch schnell etwas erledigen müssten und dafür nicht extra in die Tiefgaragen fahren wollten.

„Viele Besucher fanden es sehr positiv, dass ihre Meinung gefragt war“, stellte Drews weiter fest. Teilweise waren Besucher extra wegen dieser Möglichkeit in die Stadt gekommen, um mitzustimmen.

„Der Stand war gut besucht, es gab interessante Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern eines autofreien Marktplatzes“, sagte OV-Vor-

standsmitglied Manuel Trautwein. Auffallend oft wurde bemängelt, dass vergangenen Freitag bei der langen Einkaufsnacht der Autoverkehr auf dem Marktplatz nicht eingeschränkt worden sei, obwohl bei den vielen Fußgängern kaum ein Durchkommen gewesen sei.

„Zusätzlich haben wir nach Ideen für den Marktplatz gefragt“, berichtete SPD-Stadtrat Lutz Keil. „Hier besteht der Wunsch nach mehr Blumen, Bäumen und mehr Sitzmöglichkeiten.“

Für die SPD sei es wichtig ein Meinungsbild zum Thema bekommen zu haben. „Das Ergebnis zeigt uns, dass hier ein Bedürfnis zur Änderung der aktuellen Situation da ist“, sagte Drews abschließend. „Wir als Biberacher SPD bleiben an dem Thema dran.“

30.09.2014

Wolfgang Heinzl

Öffentlichkeitsarbeit SPD-Ortsverein Biberach

THW-Präsident Broemme und MdB Gerster auf Firmenbesuch:

THW und Kässbohrer verständigen sich auf eine Arbeitsgruppe

Laupheim (jb/jk) – Auf Einladung von **Martin Gerster** (SPD), dem Biberacher Bundestagsabgeordneten, hat der Präsident des Technischen Hilfswerks, **Albrecht Broemme**, nun das Kässbohrer-Werk in Laupheim besucht. Mit dem Besuch des THW eröffneten sich jetzt auch Einsatzmöglichkeiten der Firmenprodukte abseits der Pisten und der Antarktis.

So regte Walter Nock, Landessprecher des THW Baden-Württemberg, die Einrichtung eines gemeinsamen Arbeitskreises an, um der Entwicklungsabteilung von Kässbohrer die Bedürfnisse des THW näher zu bringen. Der Leiter der Entwicklungsabteilung, Michael Kuhn, zeigte sich angetan von dieser Idee. Eine Besonderheit der Kässbohrer-Fahrzeuge ist der sehr niedrige Bodendruck, der bei gleicher Fläche ungefähr dreieinhalb Mal geringer ist als beim Fußabdruck eines Menschen beträgt. Diese Eigenschaft könnte dem THW bei Einsätzen in schwierigem Gelände, z.B. auf aufgeweichten Dämmen und Erdbeben, zugute kommen. Beides sind aufgrund der Klimaerwärmung immer häufiger auftretende Erscheinungen.



Haben Freude an Technik: THW-Präsident Albrecht Broemme, stellvertretender THW-Landesbeauftragter Jens-Olaf Sandmann, Bundestagsabgeordneter Martin Gerster (SPD), Alexander Hörger, Leiter Kässbohrer-Gebrauchtfahrzeuge, Brigitte Bailer, SPD-Ortsvereinsvorsitzende, Michael Kuhn, Leiter Kässbohrer-Entwicklungsabteilung, Gerold Rechle, Erster Beigeordneter Stadt Laupheim, Walter Nock, Landessprecher THW Baden-Württemberg (v. l.)

Kässbohrer möchte sich in Zukunft auf die veränderten Klimabedingungen einstellen; so hat das Unternehmen neben seinen Pistenbullys bereits „Beach Tech“-Fahrzeuge auf den Markt gebracht. Diese wurden unter anderem zur Reinigung der ölerschmutzten Strände nach der Deepwater-Horizon-Katastrophe im Golf von Mexiko eingesetzt. Auch Alexander Hörger, bei Kässbohrer zuständig für Gebrauchtfahrzeuge, sah vielfältige Möglichkeiten der Weiterentwicklung durch das THW. Viele der Mitarbeiter engagieren sich ehrenamtlich beim THW und würden laut Entwicklungsleiter Kuhn bei Bedarf freigestellt. „Jetzt kann aus der losen Verbindung eine feste Zusammenarbeit werden“, hoffte er.

Nach einer kurzen Betriebsbesichtigung stellte Martin Gerster fest, dass dieser Besuch eine ausgezeichnete Möglichkeit sei, neue Technologien mit eh-

renamtlichem Einsatz zu verbinden: „Es muss das Maximale getan werden, um die Bevölkerung vor Gefahren zu schützen,“ fordert der Abgeordnete. Der Weltmarktführer im Bereich Geländefahrzeuge ist allgemein durch seine auffallend roten Pistenbullys bekannt. Mit seinen weltweit ca. 480 Mitarbeitern versorgt der Konzern etwa zwei Drittel der Skigebiete rund um den Globus.

19.09.2014

Jonas Butscher, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

Jusos begrüßen Arbeit von Martin Gerster im Haushaltsschuss

Zu ihrer ersten Kreismitgliederversammlung im neuen Arbeitsjahr haben die Jusos Biberach als Gäste Biberachs Bundestagsabgeordneten Martin Gerster und den Juso-Landesvorsitzenden Markus Herrera Torrez geladen. Sichtlich zufrieden zeigten sich die Jusos mit der Arbeit, die der SPD-Kreisvorsitzende Martin Gerster im Haushaltsausschuss auch für die jungen Generation erreichte. „Dass der Bundeshaushalt ohne neue Schulden auskommt, stärkt ganz klar den Handlungsspielraum für die junge Generation“, so der 17-jährige Juso-Kreisvorsitzende Heiko Mangesius nach der Mitgliederversammlung. „Schwarz-Gelb hat über Jahre zulasten der politischen Bildung gespart. Ich begrüße es, dass dank Martin Gerster die Bundeszentrale für politische Bildung im diesem Jahr 10 Millionen Euro mehr zur Verfügung hat“, ergänzt anschließend die Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragte der Jusos Katrin Fischer.

In seinem Bericht hob der Landesvorsitzende Herrera Torrez das hervorragende Abschneiden der Jusos im gesamten Land bei den Kommunalwahlen hervor. Rund 180 Jusos sind in ganz Baden-Württemberg in die Kommunalparlamente gewählt worden. Im Vergleich zu den rund 120 gewählten jungen Sozialdemokraten bei den letzten Kommunalwahlen bedeutet dies eine Steigerung von 40 Prozent. Das beweise, so der Vorsitzende Herrera Torrez, die starke Verankerung der Jusos in der Kommunalpolitik.

Im Kreis Biberach haben der Azubi Mathias Rieger den Sprung in den Oggelshausener Gemeinderat und der Koch Simon Özkeles den Sprung in den Fischbacher Ortschaftsrat und den Ummendorfer Gemeinderat geschafft.

Einstimmig verabschiedete die Kreismitgliederversammlung das Arbeitsprogramm. Schwerpunkt wird die Gewinnung von Neumitgliedern sein, damit der Kreisverband noch größer werde, so Mangesius. „Wir laden Alle, die sich den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zugehörig fühlen, ein bei uns mitzumachen. Als Jugendorganisation einer linken Volkspartei freuen wir uns über jeden engagierten Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion“, so Mangesius weiter. „Da in diesem Arbeitsjahr kein Wahlkampf zu bestreiten ist, werden wir vor allem durch die Besetzung von Themen in der öffentlichen Diskussion in Erscheinung treten und uns darauf konzentrieren. Beispielsweise werden wir der Stadt Biberach ganz genau auf die Finger schauen, ob und in welcher Form das Jugendhaus realisiert wird. Wir stehen geschlossen hinter dem Kurs des Jugendparlaments!“, so Katrin Fischer nach der Sitzung. Juso-Landesvorsitzender Herrera Torrez lobte das Arbeitsprogramm als guten Rahmen für die anstehende konkrete politische Arbeit.

Zum Delegierten für den Landesausschuss wählten die Mitglieder den Koch und Ortschafts-/Gemeinderat Simon Özkeles. Sein Vertreter ist der Kreisvorsitzende Heiko Mangesius. Die beiden Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz, die im Juni 2015 stattfinden wird, sind Célie Helène und Heiko Mangesius. Als Ersatzdelegierte wurden Christian Röhl, die stellvertretende Vorsitzende Sabine Märkle und Julian Fischer gewählt.

29.09.2014

Katrin Fischer, Pressebeauftragte der Jusos Biberach

Politische Bildungsreise:

MdB Martin Gerster empfängt 50 Jugendliche in Berlin

Das ehrenamtliche Engagement von 50 Jugendlichen aus Oberschwaben hat der Biberacher Bundestagsabgeordneter **Martin Gerster** jetzt mit einer vier-tägigen Reise nach Berlin belohnt. Die jungen Leute vom Jugendrotkreuz Laupheim, dem Biberacher Jugendparlament, der Jugendfeuerwehr Mettenberg, dem evangelischen Jugendwerk, den Jusos und der Jugend der Indus-



Foto: Archiv Gerster

trigengewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie konnten sich so ein ganz eigenes Bild von der Bundeshauptstadt machen. Auf dem Programm standen ein Besuch einer Bundestagssitzung, im Ministerium für Bildung und Forschung; im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, der Gedenkstätte Berliner Mauer, der baden-württembergischen Landesvertretung und beim Holocaust-Mahnmal. Außerdem standen eine politische Stadtrundfahrten per Bus und per Schiff auf dem Programm sowie ein Gespräch und ein Fototermin mit Gerster in der Reichstagskuppel. Der 43-jährige SPD-Politiker dankte den Teilnehmern für ihren großen ehrenamtlichen Einsatz in Oberschwaben: „Das ist nicht selbstverständlich und verdient große Anerkennung!“

Biberach, 2.10.2014

Wolfgang Heinzel, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

Ursachen psychosomatischer Krankheiten bekämpfen

Mattheis und Gündel tauschen sich über Prävention aus



BU: Prävention weiter vorantreiben wollen die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (links) und Prof. Dr. Harald Gündel, Ärztlicher Direktor der Universitätsklinik Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Eine gute regionale klinische Versorgung und stärkere Anstrengungen in der Prävention seien nötig, um Menschen mit psychischen Erkrankungen zu helfen: zu diesem Zwischenfazit kamen die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und Professor **Harald Gündel**, Ärztlicher Direktor der Ulmer Universitätsklinik Psychosomatische Medizin und Psychotherapie bei ihrem Austausch.

Anspruchsvollere Arbeitsbedingungen und Lebenskrisen wie Arbeitslosigkeit haben einen erheblichen Einfluss auf die seelische und körperliche Gesundheit der Menschen. Das Problem sowohl bei der Vorbeugung als auch bei der Behandlung erkrankter Menschen sei: „Lärm kann man objektiv messen, Stress nicht“, betonte Gündel. Deshalb bieten seine Mitarbeiter Sprechstunden in Betrieben an, sind Ansprechpartner für Personalbüros und tauschen sich mit dem Betriebsarzt aus, um frühzeitig drohende Erkrankungen zu erkennen. Früherkennung, Intervention und ReIntegration nach der Gesundung seien zielführender als die alleinige Verschreibung von Antidepressiva, berichtete Gündel aus seinen Forschungsergebnissen.

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass bei den laufenden Debatten zum Präventionsgesetz die betriebliche Gesundheitsförderung auch für kleinere Betriebe finanziell gestärkt wird“, sagte die Parlamentarierin im Anschluss an ihren Besuch in der Ulmer Uniklinik zu.

Mit dem Präventionsgesetz solle erreicht werden, dass in allen Lebensbereichen von der Kita bis zum Arbeitsplatz Maßnahmen ergriffen werden, um Krankheiten zu vermeiden und rechtzeitig Hilfestellung zu geben. Auch die geplante Anti-Stress-Verordnung soll Stress am Arbeitsplatz bekämpfen, berichtete Mattheis von den politischen Konsequenzen der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

16. September 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Welt-Alzheimer Tag:

Verbesserung der Lebensbedingungen von Demenzerkrankten geht nicht ohne Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Am 21. September ist Welt-Alzheimer Tag. Die Beratung und Entlastung von Angehörigen muss ausgebaut werden. Ohne den systematischen Schritt der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen von Demenzerkrankten nicht möglich sein.

Das Thema Demenz wird in Zukunft immer mehr Menschen in Deutschland berühren. Derzeit sind in Deutschland 1,5 Millionen Menschen betroffen. Die Pflegeversicherung bildet die Bedarfe dieser Menschen immer noch unzureichend ab. Deswegen ist wie im Koalitionsvertrag vereinbart, der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der auch kognitive Einschränkungen berücksichtigt und echte Teilhabe ermöglicht, so schnell wie möglich und noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Angehörige von Pflegebedürftigen und insbesondere von Demenzerkrankten müssen stärker entlastet werden. Deswegen werden wir als Bundesregierung in einem ersten Reformschritt die sogenannte Kurzzeit- und Verhinderungspflege flexibilisieren und ausweiten. In Pflegeeinrichtungen wird es eine deutliche Aufstockung von Betreuungspersonal geben. Auch werden neue niedrigschwellige Betreuungsleistungen in der ambulanten Pflege eingeführt, die im Vorgriff auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs Pflegebedürftigen ermöglichen, Leistungen wie Spaziergänge oder das Vorlesen in Anspruch zu nehmen.

Um Demenzerkrankte besser zu versorgen, muss noch viel getan werden. Die Beratung und Entlastung für Angehörige muss ausgebaut und die Pflegeleistungen ihren Bedürfnissen angepasst werden. Ohne den systematischen Schritt der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir

eine umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen von Demenzerkrankten nicht erreichen.

Berlin, 19. September 2014

Hilde Mattheis, MdB

Mattheis:

Mietpreisbremse ist gerade in Unistädten nötig

„Wir sind einen guten Schritt weiter in dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen“, begrüßt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die Einigung des Bundesjustizministers mit den Koalitionsfraktionen zu Miet- und Maklerrecht. Die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht würden in der ersten Jahreshälfte 2015 in Kraft treten. Gerade für Unistädte wie Ulm, wo besonders zum bevorstehenden Semesterbeginn bezahlbarer Wohnraum gesucht werde, sei dies eine gute Nachricht.

Mieten werden bei einer Wiedervermietung in Zukunft in Gegenden mit einem „angespannten Wohnungsmarkt“ die ortsübliche Vergleichsmiete nur noch höchstens um 10 % übersteigen dürfen. Das Bestellerprinzip im Maklerrecht bedeute, dass nur der den Makler zahlen muss, der ihn auch beauftragt hat und in dessen Interesse der Makler tätig geworden ist.

„Es kann nicht sein, dass Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen aus bestimmten Stadtteilen gedrängt werden, weil sie sich die Mieten nicht leisten können. Unsere Stadt würde deutlich ärmer werden, wenn die Menschen in Stadtvierteln nach Einkommen getrennt würden“, begründet Mattheis.

Ausgenommen von der Mietpreisbremse werden Neubauten sowie die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung. Damit solle die derzeit hohe Investitionsbereitschaft auf dem Wohnungsmarkt gefördert werden, der zusätzlichen und modernen Wohnraum schafft. Die Länder erhalten - ab Inkrafttreten 2015 - für fünf Jahre die Möglichkeit, die Gebiete festzulegen, in denen die Mietpreisbremse gelten soll. Diese Regelung gelte dann maximal fünf Jahre.

Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit sind mehr als eine halbe Milliarde Euro jährlich für sozialen Wohnungsbau, die Schaffung generationen- und altersgerechten Wohnraums sowie die Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren, berichtete Mattheis aus Berlin.

23. September 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

TTIP und CETA kritisch und konstruktiv begleiten

Zur heutigen Abstimmung des Deutschen Bundestages über den Entschließungsantrag der Fraktion Die LINKE über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, MdB:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA kritisch und konstruktiv begleiten. Ich finde es richtig, wenn die Opposition uns hier folgt, indem sie den Beschluss der SPD unverändert übernimmt. Das ist für mich ein Zeichen, dass wir offensichtlich als Partei einen sehr guten Beschluss gefasst haben, der von weiten Teilen der Opposition mitgetragen wird.

Womit ich nicht einverstanden bin, ist das Verfahren, das die LINKE hier gewählt hat. Ihr Entschließungsantrag diene offensichtlich dazu, die SPD als Regierungspartei vorzuführen. Ein solches Bestreben kann ich nicht durch eine Zustimmung zu ihrem Antrag fördern, auch wenn ich hinter diesen inhaltlichen Positionen stehe. Sollten die von der SPD formulierten roten Linien wie die Ablehnung von Investor-Staat-Schiedsverfahren oder die Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen überschritten werden, werde ich bei einer Abstimmung im Bundestag über die Freihandelsabkommen nicht zustimmen. Ich hoffe, dass die Opposition in Zukunft zielorientierter mit uns arbeiten wird, um diese Abkommen, sollten die von uns gehegten Befürchtungen zutreffen, ebenfalls abzulehnen.

Berlin, den 25.09.2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung

der Abgeordneten **Hilde Mattheis**, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag/die Entschließungsanträge der Abgeordneten Klaus Ernst und andere Abgeordneter sowie der Fraktion DIE LINKE, zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Thomas Nord, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE –Drucksachen 18/432, 18/210 –

„Soziale, ökologische, ökonomische und politische Effekte des EU-USA Freihandelsabkommens“

Die Fraktion der LINKEN hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der wortgleich mit dem Beschluss des SPD-Parteikonvents vom Samstag, 20. 09.2014 ist. Dieses Verfahren ist für den Deutschen Bundestag ungewöhnlich.

Für mich ist der Beschluss des Konvents maßgeblich. Die SPD hat beschlossen, dass der Bundeswirtschaftsminister die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA nur unter festgelegten Bedingungen weiterführen kann.

Diese Bedingungen bilden somit die Grenzen für die zukünftigen Verhandlungen. Sie müssen zwingend alle erfüllt sein, wenn die SPD-Bundestagsfraktion den Freihandelsabkommen TTIP und CETA zustimmen soll.

Ziel dieser Abkommen muss es sein, Handel fair und nachhaltig zu gestalten sowie Maßstäbe und Standards global zu setzen bzw. zu erhöhen. Stellen wir fest, dass im Gegenteil die Gefahr droht, dass EU-weite Standards geschleift und die Demokratie ausgehöhlt oder abgebaut wird, müssen TTIP und CETA auf jeden Fall verhindert werden.

Die von der SPD formulierten Bedingungen wie die Ablehnung von Investor-Staat-Schiedsverfahren, die verbindliche Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen durch alle Verhandlungspartner, die Ablehnung von sogenannten Ratchet- und Standstill-Klauseln sowie die Bewahrung all-

er Rechte und Pflichten demokratisch gewählter Parlamente und Regierung, die nicht nur einen „Regulierungsrat“ eingeschränkt werden dürfen werden sicherstellen, dass die verhandelten Freihandelsabkommen dem von der SPD formulierten Ziel gerecht werden.

Es ist erfreulich, dass die Fraktion die LINKE unsere Ansicht in diesem Punkt teilt. Dennoch ist es äußerst unüblich, dass der Deutsche Bundestag wortgleich einen Beschluss der SPD als seine Position übernehmen soll. Dieses Verfahren dient offensichtlich dazu, eine Regierungsfraktion vorzuführen. Obwohl ich dieses Verfahren nicht mit einer Zustimmung befördern will, erhoffe ich mir von den Oppositionsfraktionen, dass sie die SPD in ihrem Kurs, die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen kritisch und konstruktiv zu begleiten, unterstützen werden.

Berlin, den 25.09.2014 Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis zum Tag der älteren Menschen:

Kommunen sind gefragt

Am heutigen 1. Oktober ist der Internationale Tag der älteren Menschen. Anlässlich dieses von den Vereinten Nationen initiierten Tages mahnt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**: „Die Städte und Gemeinden sind gefordert, sich auf das Älter werden der Gesellschaft einzustellen“.

Der Tag der älteren Menschen wurde 1990 von der UN initiiert, um die Leistungen der Älteren und den Gewinn, den sie für das gesellschaftliche Zusammenleben darstellen, zu würdigen. Gerade in den Kommunen müssten rechtzeitig die Weichenstellungen erfolgen, damit ältere Menschen die richtigen Rahmenbedingungen erhalten, forderte Mattheis. „Die Gestaltung einer pflegefreundlichen Infrastruktur ist eine zentrale Herausforderung unserer Städte, Landkreise und Gemeinden. Nur in den Kommunen kann sichergestellt werden, dass ältere Menschen eine Lebensqualität erhalten, die ihnen einen möglichst hohen Grad an Selbstständigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht“, so die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Konkret seien gute Pflegedienstleistungen, barrierefreier Wohnraum und ungehinderter Zugang zum öffentlichen Nahverkehr

sowie öffentlichen Einrichtungen notwendig. „Diese Investitionen sind nötig und rechnen sich“, so ihr Fazit.

30. September 2014 Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Lesermeinung

Liebe Redaktions-Genossen des Roten Seehas!

Ich beziehe als Newsletter Eure Seehaus-Ausgaben seit längerer Zeit und bedanke mich für die nützlichen Informationen sehr herzlich.

Schön, dass es Genossinnen und Genossen gibt, die ihre Aufgaben ernst nehmen und zuverlässig arbeiten. Danke -
und weiterhin viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen aus dem württembergischen Westallgäu

Siegbert Schlor

88239 Wangen im Allgäu

Termine SBI:

aufgrund terminlicher und organisatorischer Schwierigkeiten, muss sowohl die SBI-Herbsttagung (ursprünglicher Termin 11.10.) als auch die SBI-Sitzung vom 02.12. verlegt werden.

Nach der Abstimmung im Präsidium findet die **SBI-Herbsttagung** zum Thema **Grenzgänger/innen** nun am **Samstag, den 08.11. in Bregenz** statt, und die **SBI-Sitzung mit Neuwahl des SBI-Präsidiums** am **08.12. in Friedrichshafen**.

30. Verleihung des Sozialistenhutes: an Hannelore Kraft

Da stärkt sich der Verfasser dieser Zeilen gemütlich im Löwen-Restaurant in der Allgäu-Stadt Lindenberg, mit einer deftigen Portion Kässpätzle und einem alkoholfreien Weißbier. Da plötzlich wird es unruhig im Nebenraum. Blitzlichtgewitter, lautes Stimmengewirr. Moment: Eine Stimme kommt einem doch bekannt vor: Hannelore Kraft, die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin. Man dreht sich um: Ja sie ist es wirklich, hier mitten im schwarzen Allgäu. In Sonthofen hat sie vor drei Jahren bereits eine Ansprache beim traditionellen Neujahrsempfang der Allgäuer Genossen gehalten. Sie begrüßt freundlich alle Anwesenden mit Handschlag, auch den Schreiberling, den ihr Leo Wiedemann als Repräsentanten der Bodensee-Internationale (SBI) vorstellt. Sie interessiert sich auch wegen der grenzüberschreitenden Kontakte in NRW mit benachbarten Sozialdemokraten in Holland und Belgien für die seit über hundert Jahren bestehende Zusammenarbeit von SPD, SPÖ und SP Schweiz in der Vierländerregion am Bodensee.

Oben im großen Löwen-Saal warten schon an die 500 Besucher/innen gespannt auf die nunmehr 30. Verleihung des traditionellen Sozialistenhutes an Hannelore Kraft. Mit dabei die Duracherin Heidi Lück, frühere SPD-Landtagsabgeordnete, ferner Otto Ziegler, der aus Isny angereist ist, sowie die Lindauer Hermann Dorfmueller, auch ein Träger des Sozialistenhutes, Erich Schäfler und Erwin Engel. Der Lindauer Landrat Stegmann ist da, einige Allgäuer Bürgermeister wie Gerd Ilg und natürlich auch der gastgebende Lindener Schultes (mit Amtskette) Eric Ballerstedt. Und das Jugendensemble der Lindener Stadtkapelle, das aus diesem Anlass einige Kostproben von seinem beachtlichen musikalischen Repertoire darbietet.

„Warum soll Hannelore heute Abend einen eleganten schwarzen Hut aufgesetzt bekommen?“ fragt sich Christian Pfeiffer, der bundesweit bekannte Hannoveraner Kriminologe und einst auch Landesjustizminister in Niedersachsen zu Beginn seiner Laudatio. Es ist Tradition, dass immer auch der letztjährige neue Hutträger zur neuen Preisverleihung ebenfalls nach Lindenberg anreist, um die Laudatio für die aktuelle Ehrung vorzutragen. Sie hat ihren Ursprung in der Zeit der Sozialistengesetze unter Reichskanzler Bismarck, als Ende des 19. Jahrhunderts für einige Jahre jegliche Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei im deutschen Kaiserreich verboten waren. Als Erkennungszeichen trugen die Linken im damaligen Allgäu eben diesen breitkrepigen schwarzen Hut, ein Erzeugnis aus der Hutmacherstadt Lindenberg.

Im Sinne der Stiftungsurkunde für die Sozialistenhut-Verleihung gehört es sich, dass die Preisträger/innen nicht nur brav dem innerparteilichen oder gesellschaftlichen Mainstreaming gefolgt sind, sondern öfters auch mutig eigene kritische Gedanken und Anstöße gegen die herrschende (Partei-) Meinung geäußert haben. Der Verfasser dieser Zeilen erinnert sich diesbezüglich gerne an den einstigen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Kempten, Dieter Lattmann, der in einer Buchveröffentlichung seinerzeit zu mehr Zivildisobedienz in der Politik aufgerufen hatte und den Wert des „gegen den Strom Schwimmens“ verteidigte. Dies gilt auch für einen anderen Träger des Sozialistenhutes, für den engagierten Anwalt des solaren Energiezeitalters und früheren Bundestagsabgeordneten, Hermann Scheer, der mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt wurde.

Christian Pfeiffer zeichnet den Werdegang von Hannelore Kraft nach, Tochter eines Straßenbahnfahrers und einer Schaffnerin, die nach dem unter viel Mühen erworbenen Abitur Wirtschaft am King`s College in London studiert und dann auch noch in der Schweiz eine Bankenlehre absolviert hatte. Zur Politik kam sie erst später, nach vielen Erfahrungen und Kompetenzen in einem „realen“ Berufsleben, das sie in der Parteikarriere (seit etwa 14 Jahren) unabhängiger gemacht hatte. Sie war nicht bereit, dem Ansinnen des Parteivorstandes zu folgen und für die SPD als Kanzlerkandidatin gegen Angela Merkel ins Rennen zu gehen. Und in ihrem Bundesland Nordrhein-Westfalen kämpft sie gerne mit Ecken und Kanten, auch innerhalb ihrer eige-

nen Landespartei, wenn es darum geht, ein Anliegen von Christian Pfeiffer politisch voranzubringen, nämlich mehr für die Kinder und Jugendlichen und die Familien zu tun, damit sie nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit und in ein Leben auf der „schiefen Bahn“ bis hin zur Kriminalität abgleiten. Kein Kind zurücklassen! Und ebenso die Verkehrsinfrastruktur in NRW auf Vordermann zu bringen: Straßen, Brücken, Bahngleise zu sanieren. Selbst wenn damit die schwarze Null im Landeshaushalt erst später erreicht wird. Beim 60-Milliarden-Haushalt in Nordrhein-Westfalen fallen jedes Jahr 25 Milliarden Euro an zur dringlichen Instandsetzung bei Infrastruktur-Maßnahmen und an staatlichen Leistungen für gesellschaftliche „Reparaturen“, etwa zur Inobhutnahme von Kindern aus miserablen Familienverhältnissen. Viel ist zu tun, so Pfeiffer, um immer mehr verwahrloste männliche Heranwachsende vor dem Abgleiten in Drogensucht, ins stundenlange Computerspielen und gar in den politischen Extremismus zu bewahren, weil sie keine Lebensperspektive mehr haben. Bei den Kitaplätzen hat NRW im Vergleich mit anderen Bundesländern enorm aufgeholt, lobt Christian Pfeiffer.

Nach dieser Laudatio und nach einem kurzen musikalischen Intermezzo setzt dann Leo Wiedemann, das Lindenberger SPD-Urgestein und maßgeblicher Organisator der alljährlichen Sozialistenhutverleihung, den modischen Hut auf das Haupt der Ministerpräsidentin.

„Ich bin ganz gerührt, verdien ich den überhaupt?“ beginnt sie ihre Ansprache. Auch im Sinne einer anderen Trägerin des Sozialistenhutes, der couragierten Brandenburgerin Regine Hildebrandt, ruft Hannelore Kraft die Zuhörer dazu auf, sich der früheren Tradition der SPD wieder stärker zu besinnen, nämlich Kümmerer-Partei zu sein! Sich kümmern um die Verwirklichung der Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität da, wo immer sie noch nicht verwirklicht sind: in unserer Nachbarschaft, in unserer Wohngemeinde, in der Region oder im ganzen Land. „Wir haben die Verpflichtung geerbt“, so die SPD-Politikerin, „weiterzukämpfen und nicht politische Arbeit nur so zu verstehen, wie Regine Hildebrandt es mal giftig kommentierte, ‚in Hinterzimmern den Hintern noch breiter auszusitzen‘“. Sozialdemokraten seien dafür prädestiniert, die Welt zu verbessern. Man darf sich nicht auf dem Erreichten ausruhen: nicht in der Bildungsgerechtigkeit, nicht in der Familienpolitik, nicht in der Energiewende, nicht in der

Politik für Senioren, für Pflegebedürftige und länger Erkrankte. Dieses engagiert vorgetragene „Mantra“ der NRW-Ministerpräsidentin begeistert die Zuhörer. Sie stehen nach der Rede der neuen Sozialistenhutträgerin alleamt auf und klatschen begeistert Beifall. Sie freuen sich auf das Wiedersehen mit ihr, wenn sie in einem Jahr wieder ins Allgäu anreist, um pflichtgemäß die Laudatio für die neue Trägerin oder des neuen Trägers zu übernehmen. Leo Wiedemann lädt schon jetzt wieder gerne nach Lindenberg ein. Hannelore Kraft lässt die Genossinnen und Genossen rings um den Bodensee herzlich grüßen. Im Rahmen eines vorangegangenen Besuches im Rathaus der Stadt Lindau verriet sie gegenüber dem Oberbürgermeister Gerhard Ecker (SPD) den Wunsch, zu einer späteren Zeit erneut an das „Schwäbische Meer“ zu reisen, auch privat.

26.9.2014

W.Bernhard

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

OV Markdorf:

Do. 16.10.2014

20:00 Uhr

Gasthaus Krone Markdorf

Vorstandssitzung

Infos aus dem Gemeinderat | Aktuelle Themen aus der Stadt

Do, 13.11.2014

20:00 Uhr

Gasthaus Krone Markdorf

Vorstandssitzung

Infos aus dem Gemeinderat | Aktuelle Themen aus der Stadt

OV Meersburg:

Stammtisch:

Donnerstag, 09.10.2014

Im Truben, Steigstraße

Donnerstag, 30.10.2014

Vorstandssitzung

Gutsschänke

SBI – Sozialistische Bodensee- Internationale

Vorarlberger Landtagswahl am 21. September 2014

Ist der Wahlausgang für die Sozialdemokraten im „Ländle“ ein Menetekel, auch für die Partei im übrigen Europa? Keine Frage: Die große Ära der Sozialdemokraten in Europa mit Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme ist lange vorbei. Und damals hat sich auch die SPÖ im westlichen Bundesland Vorarlberg, vom Pfänder bis zum Montafon, vom Rheintal bis zum Arlbergpass, bei Landtags- und Nationalratswahlen noch ganz gut halten können, bis an die 30-Prozent-Marke. Und jetzt? Nach dem Debakel vor fünf Jahren, wo die Landes-SPÖ auf 10,8 % und auf noch 3 Landtagsmandate im Bregenzer Landhaus abrutschte, ist dieses Mal noch eine Klatsche dazu gekommen. 8,8 Prozent für die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl. Es ist das erste Mal in ganz Österreich, dass ein Landesverband der SPÖ nur ein einstelliges Wahlergebnis erzielt. Und Bregenz ist keine SPÖ-Hochburg mehr, wo man mit 18,99 Prozent hinter die Grünen (19,79 %) gerutscht ist. Hier hat es einmal einen sozialdemokratischen Bürgermeister gegeben, der 18 Jahre lang amtierte und sich viele Verdienste um die Stadtentwicklung zwischen Pfänder und Bodenseeufer erworben hatte: Fritz Mayer, Bregenzer Stadtoberhaupt von 1970 bis 1988. Auch im Nachbarland Tirol haben die Sozialdemokraten Mühe, sich bei Wahlen noch über 10 Prozent zu halten.

Liegt es an der Politik in Wien, wie der ÖGB-Landesvorsitzende Norbert Loacker argwöhnt? Warum beschwören sonst die Arbeitnehmer/innen und Angestellten, die gewerkschaftlich Organisierten im Ländle die Interessen ihrer Klientel: gute Arbeit, mehr Netto vom Brutto, Steuerreform, leistbares Wohnen, gebührenfreie Kindergärten und anderes mehr- und bleiben dann am Wahlsonntag gemäss der Wählerstimmen-Wanderung entweder zu einem beträchtlichen Teil zu Hause oder wählen als jüngere Wähler die

Grünen, besonders die Frauen, oder gar (jüngere Männer) die sozialpopulistisch-rechtsradikale Partei FPÖ? Sozialpopulistisch deshalb, weil sie ein aktives Eintreten für sozialpolitische Belange in der Politik propagiert, ganz ernst ist es ihr eh nicht damit. Die FPÖ und ihr Parteichef Strache fügen aber im gleichen Atemzug dazu: Ja wir könnten mehr in den Sozialstaat investieren, wenn uns nicht die EU und die Ausländer, die Zuwanderer und die Flüchtlinge, viel Steuergelder rauben würden..... Linker Wähler, was willst du?

Michael Ritsch und sein Team mit den Landtagskandidatinnen und -Kandidaten sowie den Wahlkämpfer/innen in den 96 Gemeinden an der Basis haben einen beherzten Wahlkampf betrieben, der selbst bei der BBC und der Washington Post wegen der Werbefigur der Zwerge (Coolmen) Anklang gefunden hat. Die SPÖ war im Gespräch, hat Aufmerksamkeit gefunden, war in den Diskussionsrunden mit den Spitzenkandidaten der Parteien (darunter eine Frau für die Partei der NEOS) präsent und profiliert. Michael Ritsch hat sich sehr gut geschlagen. Diese Diskussionsrunden, von Dornbirn bis Vandans, hatte man am Radio im ORF-Programm, im ORF 2-Fernsehprogramm oder im Live-Stream im Internet mit verfolgen, wenn man wollte. Und Michael Ritsch war es auch, der nach den Wiener Koalitionsverhandlungen der SPÖ mit der ÖVP im vergangenen Winter Aufmerksamkeit österreichweit erregte, als er seinem SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann in der Öffentlichkeit widersprach. „Solange die Gemeinsame Schule oder die Steuerreform mit einer Millionärsabgabe nicht im Koalitionsvertrag stehen, kann ich diesem Vertrag nicht zustimmen!“

Die Wählerinnen und Wähler haben am vergangenen Sonntag die SPÖ buchstäblich im Regen stehen lassen. Als im Sendestudio des ORF im Foyer des Landhauses in Bregenz in der Römerstraße die 2.Hochrechnung ausgestrahlt wurde, hat es draußen in Bregenz geregnet! Etwas genervt reagierte der Verfasser dieser Zeilen auf die blauen Luftballons der FPÖler im Landhaus, die so nachdrücklich hochgehalten worden sind, als hätten sie die Landtagswahl gewonnen. Die noch übermütigeren Jubelstürme der Anhänger der Grünen, die ihren Spitzenmann Johannes Rauch aus der Grünen-Hochburg Rankweil unweit von Feldkirch auf die Schultern nahmen, sind eher gelassen zu ertragen. Gabriele Sprickler-Falschlunger, die wie Michael

Ritsch ihr Landtagsmandat für die SPÖ verteidigen konnte, gab im kleinen Sitzungsraum des SPÖ-Landtagsclubs die Verhaltensrichtlinie aus: Wir halten uns zurück mit hämischen Beifallsbekundungen bei den Stimmenverlusten der anderen Parteien, vor allem der ÖVP, die rund 10 Prozent verloren hatte nach der Landtagswahl vor 5 Jahren. Also ist die absolute Mehrheit dahin für die Schwarzen. Soll man darüber jubeln, wenn man selber auf unter 10 Prozent abrutscht? Olga Pircher aus Bludenz, die Vorsitzende der SPÖ-Frauen in Vorarlberg und Vizepräsidentin in der Bodensee-internationale (SBI) hält nicht ganz so große Stücke auf das Wahlkampf-Engagement ihrer Parteigenossen in den vergangenen Wochen. Das hätte intensiver sein müssen angesichts des befürchteten Wahldebakels. Sei's drum.

Wie bei allen Stimmeneinbußen für die Sozialdemokraten in letzter Zeit, in Bayern im Frühjahr bei der Kommunalwahl, besonders in München, in Frankreich, im deutschen Bundesland Thüringen, ist es unerlässlich, die Ursachen für diese Wahlniederlagen aufzuarbeiten und Konzepte zu entwickeln, wie man in Zukunft arbeiten muss, damit es wieder aufwärts gehen kann. Und diese Mühsal ist nicht nur Sache eines einzelnen Landesverbandes wie in Vorarlberg, sondern grenzüberschreitend eine Aufgabe der gesamten sozialdemokratischen Familie auf dem europäischen Kontinent! Vorarlberg geht uns alle etwas an!

Michael Ritsch und Gabriele Sprickler-Falschlunger, die Ärztin aus Dornbirn, haben angedeutet, ihr Landtagsmandat zunächst einmal anzunehmen und sich an die Parlamentsarbeit zu machen. Mit ihnen ist aber möglicherweise schon bei den Gemeindewahlen nächstes Jahr wohl nicht mehr zu rechnen, erst recht nicht bei der nächsten Landtagswahl in fünf Jahren. Eine profilierte und erfahrene Nachwuchsriege steht der SPÖ im „Ländle“ noch nicht zur Verfügung. Dritter im Bunde der neuen SPÖ-Landtagsfraktion in Bregenz ist Reinhold Einwallner, das frühere SPÖ-Mitglied im Wiener Bundesrat, der Länderkammer, und jetziger SPÖ-Landesgeschäftsführer in der Bregenzer St. Anna-Straße 1.

Und wie hat Werner Faymann (SPÖ), der österreichische Bundeskanzler, in den „Sommergesprächen“ des ORF-Fernsehens auf das Wahlergebnis seiner

Partei in Vorarlberg reagiert? „Ich habe die Nacht hinterher gut geschlafen. Wir werden uns in der Partei in Vorarlberg neu aufstellen, und ich werde die Verantwortlichen dort voll dabei unterstützen, und bei der nächsten Wahl wird es besser aussehen, die werden sich gut aufstellen....“

Ist schon gut, lieber Werner. Jetzt führen erst einmal die Schwarzen mit den Grünen im Ländle offizielle Koalitionsverhandlungen um die künftige Landesregierung, mit Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) und Johannes Rauch, dem Grünen-Chef in Vorarlberg, an der Spitze.

30.09.2014

W.Bernhard

PS: Merkwürdig! Die facebook-Seiten quellen vor einer Wahl schier über vor lauter wichtigtuerischen Bemerkungen, twitter-Mitteilungen, Selfies jede Menge natürlich, ohne Promis, mit Promis- halt das bunte Leben in den Wahlkampf-Wochen bis zum Wahlsonntag. Ist dann das Wahlergebnis da und wieder mal niederschmetternd ausgefallen, egal ob in Vorarlberg oder in Frankreich oder in Bayern im letzten Frühjahr: da herrscht auf einmal eher beredtes Schweigen in facebook, sieht man mal von Äußerungen des allgemeinen Beklagens und der Enttäuschung ab. Die Ratlosigkeit ist schier mit den Händen zu greifen. Da will sich niemand zu konkreten Rezepten und Maßnahmen, wie es weiter gehen kann und soll, um wieder bessere Wahlergebnisse zu erreichen, zu Wort melden. Und in einer Beziehung hat Norbert Loacker (ÖGB) recht: Bei ihrer Klausurtagung in Schladming am Wochenende nach der Landtagswahl in Vorarlberg hat die rot-schwarze Regierungskoalition in Wien die Nichtwähler am 21.September nachträglich bestärkt, dass sie nicht zur Wahl gegangen sind.....

28.9.2014

Willi Bernhard

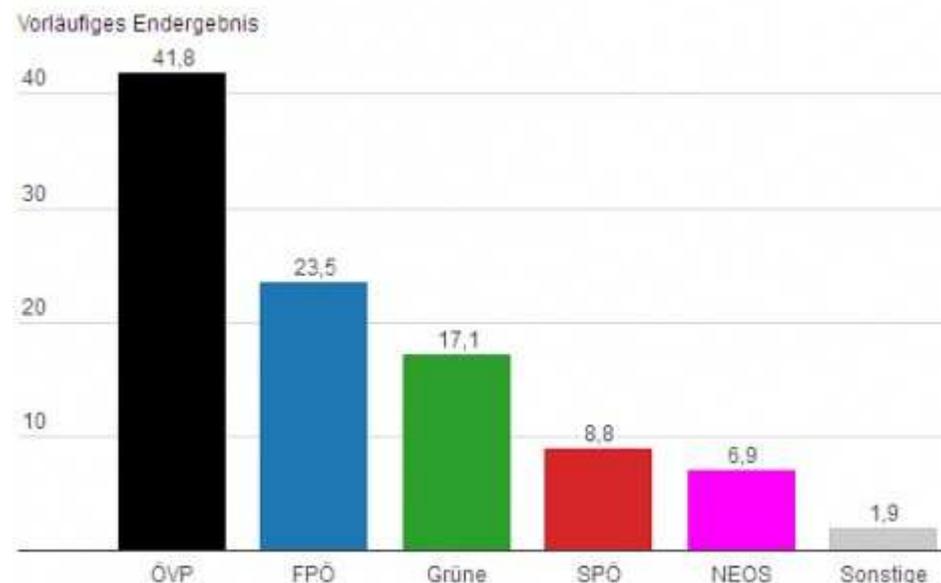
SPÖ Österreich



LTW Vorarlberg:

Schmerzliches Ergebnis für SPÖ – ÖVP verliert Absolute mit deutlichem Minus

21.09.2014, 16:32



Die absolute Mehrheit der ÖVP im Vorarlberger Landtag ist Geschichte. Die Partei von Landeshauptmann Wallner musste eine Wahlschlappe hinnehmen. Die SPÖ konnte ihre drei Mandate halten, musste aber

prozentuell Verluste hinnehmen. Die NEOS schafften als fünftstärkste Partei den Einzug in den Landtag. Die FPÖ verlor zwei Prozent. Die Grünen legten stark zu.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos betonte in einer ersten Stellungnahme: "Zuerst einmal möchte ich betonen, dass Michael Ritsch und sein Team einen sehr engagierten Wahlkampf geführt haben. Trotzdem ist es ein schmerzliches Ergebnis, da ist nichts Schöndzureden, ein Minus ist ein Minus."

Starke Unzufriedenheit mit "absolutistisch herrschender" ÖVP

"Bemerkenswert ist vor allem, dass die absolute Mehrheit der ÖVP in Vorarlberg seit 1999 erstmals wieder gebrochen wurde – und zwar sehr deutlich", betont Darabos. Das klare Minus der ÖVP zeige, "dass die Unzufriedenheit mit der ‚absolutistisch herrschenden‘ Volkspartei doch sehr stark ist und eine Regierung auf breiterer Basis gewünscht wird".

Bundespolitische Rückschlüsse können nicht gezogen werden

Bundespolitische Rückschlüsse auf das Landtagswahlergebnis können aus Sicht des SPÖ-Bundesgeschäftsführers keine gezogen werden. "Bundeswahlen sind Bundeswahlen und Landtagswahlen sind Landtagswahlen. Da sind in den jeweiligen Bundesländern sehr spezifische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen", betonte Darabos, der etwa auch auf den neuen Mitbewerber am politischen Markt, die NEOS, verwies.

SPÖ Vorarlberg:

<http://www.vorarlberg.spo.e.at>

„Kampf gegen Stadttunnel wäre weitere Ohrfeige für Grünen-WählerInnen“

Ritsch kritisiert Grüne

Für die Grünen-Wähler war es nach Ansicht von SPÖ-Vorsitzender Michael Ritsch bestimmt sehr ernüchternd, dass Grünen-Chef Johannes Rauch aufgrund der laufenden Koalitionsverhandlungen dem Bau des Feldkircher

Stadttunnels nunmehr zugestimmt hat – und zwar entgegen seiner immer propagierten „Niemals“-Haltung.

Doch dieser Ernüchterung folgt offenbar die nächste Ohrfeige. Denn obwohl die Rechtsabteilung des Landes den zwei Bürgerinitiativen „statt Tunnel“ und deren Liechtensteiner Mitstreitern „mobil ohne Stadttunnel“ Parteistellung im UVP-Verfahren gewährt hat, reicht nunmehr das Land Beschwerde dagegen ein.

„Der Spagat, den Johannes Rauch als künftiger Regierungspartner machen muss, wird offensichtlich immer größer. Denn wenn er im Ledersessel auf der Regierungsbank sitzt, wird er sich künftig weiter nach rechts lehnen, um Einigkeit mit der ÖVP zu signalisieren. Dass dabei womöglich lange Er kämpftes, wie z.B. mehr Mitspracherechte der Menschen und direkte Bürgerbeteiligung auf der Strecke bleiben, muss der Grünen-Chef dann seinen WählerInnen gut erklären“, findet SPÖ-Chef Michael Ritsch.

30.09.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Wirkliche Hilfe anstatt schöner Worte

Jede Gemeinde sollte ein bis zwei Flüchtlingsfamilien aufnehmen

1956 hat Österreich 180.000 Flüchtlinge aus Ungarn mit offenen Armen aufgenommen. 1968 hat Österreich 160.000 Flüchtlingen aus der damaligen Tschechoslowakei Schutz geboten.

Während die Essensrationen für syrische Flüchtlinge wegen Geldmangels aus dem Welternährungsprogramm um fast die Hälfte gekürzt werden müssen, haben 52 Gemeinden in Vorarlberg noch keine Möglichkeit gefunden, eine Handvoll Flüchtlinge aufzunehmen.

„Christlich ist das nicht, dass Landeshauptmann Markus Wallner hier kein Machtwort spricht. Und von den Grünen, die das Flüchtlingseleid sonst gerne thematisieren, ist dazu kein Wort zu vernehmen. Weder von Grünen-Chef Johannes Rauch, der gerne und ausführlich die Verantwortung gegenüber

Flüchtlingen im Landtag einfordert, noch von der Integrations sprecherin Vahide Aydin“, erklärt SPÖ-Integrations sprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger.

„Die Landesregierung hat die Gemeinden sofort in die Pflicht zu nehmen. Mit der Forderung, ein bis zwei Flüchtlingsfamilien aufzunehmen, ist wohl keine der 52 Vorarlberger Gemeinden überfordert. Alles andere ist eine humanitäre Bankrotterklärung der Regierung“, findet die SPÖ-Abgeordnete.

03.10.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

In Österreich aktuell:

- die Bundes-SPÖ legt weitere Initiativen zugunsten der Gemeinsamen Schule in Österreich vorerst auf Eis (Bildungsministerin Heinisch-Hosek/SPÖ) - "Standard" vom 28. September 2014

- am Montag, 29. September, beginnen die Koalitionsverhandlungen um die künftige Vorarlberger Landesregierung, zwischen der ÖVP und den Grünen.

Willi Bernhard

Lesermeinung

Liebe Redaktions-Genossen des Roten Seehas!

Ich beziehe als Newsletter Eure Seehaus-Ausgaben seit längerer Zeit und bedanke mich für die nützlichen Informationen sehr herzlich.

Schön, dass es Genossinnen und Genossen gibt, die ihre Aufgaben ernst nehmen und zuverlässig arbeiten. Danke - und weiterhin viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen aus dem württembergischen Westallgäu

Siegbert Schlor

88239 Wangen im Allgäu



SP und Grüne für die Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee

Die Schweiz endet nicht in Winterthur: Die Ostschweiz muss in der Schweizer Politik selbstbewusster auftreten und für einen Metropolitanraum St. Gallen-Bodensee kämpfen. Die Fraktion von SP und Grünen bekräftigte dies an ihrer Fraktionssitzung am Samstag, 6. September in St. Gallen.

Ja zum zweiten Nachtrag des Standortförderprogramms. SP und Grüne setzen sich für eine starke Ostschweiz ein, eine Ostschweiz, die nicht ein weisser Fleck zwischen den Grossregionen Zürich und München ist. Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Ausstrahlung, Innovationskraft, die enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Kraft des Wissensstandorts sprechen für eine einheitliche Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee. SP und Grüne nehmen die Initiative der St.Galler Ständeräte Karin Keller-Sutter und Paul Rechsteiner auf. Sie unterstützen den Auftrag der vorberatenden Kommission an die Regierung. Diese wird damit aufgefordert, die Anerkennung der Raumes St.Gallen-Bodensee als Metropolitanregion aktiv anzugehen. SP und Grüne unterstützen auch den zweiten Antrag aus der vorberatenden Kommission. Dieser zielt auf die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den St.Galler Tourismusregionen.

Nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative am 9. Februar muss dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Die Fraktion SP-Grüne wird dazu zwei Motionen einbringen: Einerseits geht es um den Zugang der

Frauen zur Arbeitswelt dank der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und andererseits um Angebote im Aus- und Weiterbildungsbereich sowie Nachqualifikationsmöglichkeiten.

Austausch mit den StadtparlamentarierInnen

Die SP-Grüne-Fraktion traf sich an der Fraktionssitzung zu einem einstündigen Austausch mit den StadtparlamentarierInnen der SP und der Grünen. Unter anderem stand der Verkehr in und um St.Gallen im Zentrum: Die StadtparlamentarierInnen erwähnten dabei den Auftakt zur Unterschriftensammlung für die städtische Initiative gegen einen Autobahnanschluss im Güterbahnhofareal. Gemeinsam wollen sich die Fraktionen für die weitere Verbesserung des öffentlichen Verkehrs einsetzen. Dazu gehört auch der Einsatz für einfachere und damit günstigere Tarife des Verkehrsverbundes Ostwind.

Lösungen für eine solidarische Sozialhilfe notwendig

Ausgiebig diskutierten die SP und Grünen-PolitikerInnen das Ausscheren einiger Gemeinden aus den KOS-Richtlinien, wie zuletzt St. Margrethen. „Damit setzen diese Gemeinden einen Wettbewerb gegen die SozialhilfebezüglerInnen in Gang. Das darf nicht sein!“, sagt Kantonsratsfraktionspräsident Peter Hartmann. Als mögliche Lösungen diskutierten die Fraktionen die Kantonalisierung der Sozialhilfe, die Verbindlichkeitserklärung der KOS-Richtlinien für die Gemeinden und die Möglichkeit besonders belastete Gemeinde via soziodemographischen Lastenausgleich gerechter zu entlasten.

St.Gallen, 6. September 2014

Weitere Auskünfte:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär der SP Kanton St. Gallen

SP und Grüne kämpfen erfolgreich für die Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee

Der St.Galler Kantonsrat sagt in Erster Lesung Ja zum Standortförderungsprogramm der Regierung und bekräftigt damit seinen Willen, den Raum St. Gallen-Bodensee als Metropolitanregion im internationalen

Kontext zu stärken. Erleichtert zeigt sich die Fraktion zur deutlichen Annahme (115:0) des neuen Berufsauftrags für VolksschullehrerInnen.

Die Schlagzeile der gestern zu Ende gegangenen Septembersession des St.Galler Kantonsrats war gar keine: Der Kantonsrat setzt eine Administrativuntersuchung gegen die St.Galler Regierung und den Staatssekretär ein; die soll klären, wie es im April dieses Jahres zur Amtsgeheimnisverletzung rund um den Standort der Kantonsschule im Toggenburg hatte kommen können. Die Fraktion von SP und Grünen bedauern diese Entwicklung. „Wir meinen, der Kanton habe andere Probleme als ein liegen gelassenes Blatt Papier“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann. Und Fraktionsvizepräsident Felix Gemperle während der Ratdebatte: „Die Kosten für diese Untersuchung stehen in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen. Denn ich bin überzeugt, dass man am Ende nichts Neues herausfinden wird.“ Dennoch sprach sich die Hälfte der Fraktion für eine weitere Untersuchung aus. Dies deshalb, weil SP und Grüne erwarten, dass Regierung und Ratsschreiber gleich behandelt werden sollen wie das bereits von einer Untersuchung betroffene Staatspersonal.

Neuer, zeitgemässer Berufsauftrag für VolksschullehrerInnen

SP-Bildungspolitiker Joe Walser fasst es so zusammen: „Der neue Berufsauftrag für die Volksschullehrpersonen bildet eine gute und zweckmässige Basis für eine zeitgemässe und zukunftsgerichtete Volksschule.“ Dies nachdem es vor zwei Jahren im Kantonsrat in derselben Frage zu einem eigentlichen Scherbenhaufen gekommen war. Der Kantonsrat verabschiedete gestern den XVI. Nachtrag zum Volksschulgesetz gestern in seltener Einmütigkeit mit 115 zu 0 Stimmen. Mit seinem Inkrafttreten wird für die Lehrpersonen eine Jahresarbeitszeit von 1906 Stunden gelten. Die Alters-, wie andere bisherigen Entlastungen vom Unterricht werden beibehalten.

St.Gallen soll Metropolitanregion werden

Der St.Galler Kantonsrat stimmt dem neuen Standortförderungsgesetz zu. „Die Planungsräume der Zukunft werden nicht mehr die Agglomerationen

oder die Kantone sein – zumindest nicht mehr im heutigen Umfang. Die Planungsräume der Zukunft werden die Metropolitanräume sein“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann. Mit ihm freut sich die Fraktion SP-Grüne darüber, dass der Kanton St.Gallen endlich den Kampf für mehr Anerkennung im Resten der Schweiz aufnimmt und nicht immer nur rasch klein bei gibt. Peter Hartmann: „Es ist Zeit, dass St.Gallen als urbanes Zentrum der Metropolitanregion im Verständnis der Schweiz ankommt.“ Vieles spricht für die wirtschaftliche und kulturelle Stärke eines trinationalen Metropolitanraums St.Gallen-Bodensee: Die wirtschaftliche Stärke und das hohe Exportvolumen, die starke Diversifizierung der Ostschweizer Wirtschaft und die Bevölkerungsdichte im Ballungsraum um St.Gallen und im Rheintal.

Die SP-Grüne-Fraktion reichte in diesem Zusammenhang zwei Motionen ein, die beide auf den grossen Fachkräftemangel in der St.Galler Wirtschaft zielen: Mit der einen soll die Regierung damit beauftragt werden, konkrete Massnahmen zur Förderung der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorzuschlagen. Mit der zweiten fordert die SP-Grüne-Fraktion, dass der Fachkräftemangel im Bereich der Bildung angegangen werden muss. Konkret: Bildungsangebote für WiedereinsteigerInnen in die Berufswelt müssen finanziell für alle zugänglich sein. Heute sind verschiedene Bildungsangebote für viele unerschwinglich hoch.

Rücktritt von Felix Gemperle

Mit dem Ende der Septembersession tritt Felix Gemperle aus dem Kantonsrat zurück. Die SP-Grüne-Fraktion dankt ihm sehr herzlich für seine langjährige, intensive, lösungsorientierte Politikarbeit in der Pfalz. Und für sein Engagement als Vizepräsident der SP-Grünen-Fraktion. Für ihn rückt in der Novembersession aus dem Wahlkreis Rorschach Jacqueline Schneider in den Kantonsrat nach. Die politischen Schwerpunkte Jacqueline Schneiders sind die Familien- und Migrationspolitik, Bildungspolitik und frauenpolitische Themen wie Gleichstellung von Mann und Frau und Lohngleichheit.

St.Gallen, 6. September 2014

Weitere Auskünfte:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär der SP Kanton St. Gallen

28. September 2014

**Prämienexplosion
stoppen!**

Ja
zur öffentlichen
Krankenkasse

Medienmitteilung zur Pressekonferenz des Ostschweizer Komitees für ein „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ vom 12. September in Buchs

Am 28. September 2014 stimmen die Schweizer StimmbürgerInnen über die Initiative „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ ab. Am Freitag, 12. September fand in Buchs eine Medienorientierung des Ostschweizer Komitees „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ statt.

An der Medienkonferenz sprachen:

- Heidi Hanselmann, Vorsteherin des Gesundheitsdepartements des Kantons St.Gallen
- Daniel Büche, Dr. med., MSc, St.Gallen
- Martha Storchenegger, Kantonsrätin, Präsidentin des Schweizerischen Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SG, TG, AR, AI und
- Andrea Hornstein, Geschäftsleiterin SPITEX St.Gallen-Ost

Ungleichheit, Intransparenz und Ungerechtigkeit vermindern

Heidi Hanselmann erwähnte als eines der grössten Ärgernisse der heutigen Situation von der Intransparenz und Ungleichheit – auch in der Ostschweiz. Das heutige System ist intransparent. Die Kassen bieten mit der Grundversicherung ein identisches Produkt an, verlangen dafür aber völlig unterschiedliche Preise. Rund 300'000 verschiedene Prämienmodelle werden in der Schweiz verrechnet. Dass man sich als Versicherte und auch als Leistungserbringende nicht mehr zurecht findet, liegt auf der Hand. Ebenso, dass

das heutige System einen unverhältnismässig grossen administrativen Aufwand bedeutet.

Im Kanton St. Gallen ist die teuerste Prämie für die Grundversicherung – in der gleichen Prämienregion versteht sich – 150 Franken teurer ist als die günstigste. Fazit: Der Versicherte zahlt für die gleichen Leistungen im Jahr 1800 Franken mehr. Jedes Jahr sieht sich der Versicherte einem Yoyo-Effekt ausgeliefert. Mal steigt die Prämie massiv über dem kantonalen Durchschnittswert, mal massiv darunter. So entstehen Prämiensteigerungsspannbreiten von Erhöhungen zwischen 0 bis 14 Prozent.

Die Forderung der Gesundheitsdirektorenkonferenz ist seit langer Zeit, dass die Prämien den Gesundheitskosten folgen müssen, das heisst weder massiv tiefer noch massiv höher liegen dürfen. Weil dieser Vorgabe offensichtlich lange nicht entsprochen wurde, kam es dazu, dass in einigen Kantonen zu tiefe Prämien und in andern Kantonen zu hohe Prämien eingezogen wurden. Eine ärgerliche Situation, für die Versicherten und die Kantone, die zeigt, wie intransparent das heutige System wirkt.

Wettbewerb bringt keinen Nutzen – im Gegenteil!

„Der Wettbewerb in der Grundversicherung mit vorgegebenem Leistungskatalog bringt keinen Nutzen und macht keinen Sinn, er ist Illusion“, so Heidi Hanselmann. „Der Wettbewerb setzt in der Grundversicherung falsche Anreize: Im heutigen System hat kaum eine Kasse ein wirkliches Interesse daran, eine gute und koordinierte Behandlung für chronisch Kranke zu fördern. Dieses Verhalten ist nachvollziehbar – aus der Sicht der Kasse – denn sie würde riskieren, für diese Patientengruppe attraktiv zu werden.“ Dadurch würden bei dieser Versicherung enorm hohe Kosten anfallen, sie wäre nicht mehr markttauglich und das will in diesem Prinzip verhindert werden. Ein komplett falscher Anreiz, der mit einer öffentlichen Krankenkasse behoben werden kann.

Schädliche und unsolidarische Jagd auf gute Risiken verhindern

Dem schliesst sich Martha Storchenegger, Präsidentin des SBK SG TG AR AI an: „Die heutige Wettbewerbssituation unter den verschiedenen Kassen fokussiert auf die Jagd auf gute Risiken. Der wenig ausgefeilte Risikoaus-

gleich animiert die Krankenkassen junge und gesunde Menschen zu versichern. Chronisch kranke Menschen werden zweitklassig behandelt oder gar genötigt, die Kasse zu wechseln. Es besteht die Gefahr, dass für diese Gruppe eine nachhaltige und hochstehende Versorgung nicht durchwegs gewährleistet ist. Denn obwohl die Leistungen in der Grundversicherung national definiert sind, werden in einem Graubereich Leistungen anerkannt oder aberkannt.“

Ein ähnliches Versicherungssystem bestand vor Jahren mit den öffentlichen Krankenkassen der Gemeinden. Die aktuelle Vorlage der öffentlichen Krankenkasse setzt auf Verbesserungen auf der strukturellen Ebene mit regionalen Zentren. „Die Grundversicherung soll als bürgernahes Versicherungsmodell eingeführt werden, damit die medizinische Versorgung auch in der Zukunft gesichert ist. Die Zusatzversicherung bleibt in der Zuständigkeit der heutigen Kassen. Dies gewährt eine klare Trennung zwischen Grund- und Zusatzleistungen“, so Martha Storchenegger.

Neues aus dem Absurdistan der 60 privaten Krankenkassen

Andrea Hornstein, Geschäftsleiterin Spitex St.Gallen Ost, erwähnte in ihrem Referat an der Pressekonferenz mehrere Beispiele aus der Praxis. Unter anderem dieses: „Mit dem jetzigen System gibt es unterschiedliche Anforderungen der Krankenversicherungen. Die Abrechnung mit rund 60 verschiedenen Krankenversicherungen ist sehr aufwändig. Jede Krankenkasse hat eigene Beurteilungskriterien der ambulanten Pflege. Sind zum Beispiel für eine Dusche 30 Minuten gerechtfertigt? Wenn es sich um eine demenzkranke Person handelt, gibt es je nach Krankenkasse noch einen Zuschlag der Pflegezeit von 10 Minuten. Aber dies wird von jeder Krankenkasse unterschiedlich beurteilt.“ Wie soll man sich als Pflegende in einem solchen Wirrwarr von Abrechnungsleitsätzen zurecht finden. Vor allem aber: Ist ein solcher Umgang mit Pflegebedürftigen, zum Teil schwer Kranken noch menschlich?

Andrea Hornsteins Fazit: „Die öffentlichen Einheitskassen wären für alle gerechter, würden den administrativen Aufwand verringern, die Prozeduren

vereinfachen und so den Spitexfachpersonen mehr Zeit lassen für die eigentliche Pflege.“



Legende: Martha Storchenegger, Andrea Hornstein, Heidi Hanselmann und Daniel Büche (v. r.) sprechen über die Vorteile eine öffentlichen Krankenkasse: Weniger Bürokratie im praktischen Alltag, weniger Leerläufe, tiefere Kosten.

Heutiges System missachtet die Grundidee hinter der Krankenversicherung

Der St.Galler Arzt Daniel Büche fügt den Praxisbeispielen grundsätzliche Überlegungen an: „Der Grundgedanke der Krankenkasse ist die Solidarität mit kranken Menschen unserer Gesellschaft. Die aktuelle Situation mit 60 privaten Krankenkassen und 300'000 unterschiedlichen Versicherungsmodellen spiegelt diesen Gedanken nicht wider. Vielmehr sind die Krankenkassen bemüht eine Gewinnoptimierung zu erlangen – was nicht die Grundidee der Versicherungsnehmer ist. Durch betriebswirtschaftliche Ansätze der Krankenkassen geht der volkswirtschaftliche Blickwinkel verloren und damit auch die Grundidee einer Krankenversicherung.“ Das betriebswirtschaft-

liche Denken und Handeln verursacht Kosten – Werbekosten, Personalkosten etc. – für die Geld eingesetzt wird, das eigentlich zur Deckung von Heilungs-, Rehabilitations-, und Palliationskosten der Versicherungsnehmern bezahlt wurde und somit seinem Zweck entfremdet wird.“

St.Gallen, 12.09.2014

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen**
- **Laura Bucher, Kantonsrätin St.Margrethen**
- **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

„Ja zu allen sechs Spitalvorlagen“

Gemeinsames Ja zum Generationenprojekt:

CVP, EVP, BDP, Grüne und SP bilden ein Parteienkomitee für alle Spitalvorlagen

Am 30. November 2014 wird die St.Galler Stimmbevölkerung Stellung nehmen zu Neu- und Ausbauten an fünf öffentlichen St.Galler Spitälern sowie zu einem Darlehen ans Ostschweizer Kinderspital. Regierung und Parlament wollen 930 Mio. Franken in die öffentlichen Spitäler investieren und sie damit fit machen für die Zukunft.

Nach den intensiven Diskussionen sagte eine deutliche Mehrheit im St. Galler Kantonsrat im vergangenen Juni Ja zu den sechs zusammenhängenden Vorlagen für Neubau und Erneuerung der Spitäler in St.Gallen, Altstätten, Grabs, Uznach und Wattwil sowie für das Darlehen für den Neubau des Kinderspitals. Das überparteiliche Engagement für die Spitalvorlagen der Regierung geht nun in die nächste Runde. Noch fast drei Monate dauert es bis zum Abstimmungssonntag; doch bereits haben sich vorerst CVP, EVP, BDP, Grüne und SP aufgrund der Wichtigkeit des Generationenprojekts in einem überparteilichen Komitee zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie dem dringenden Erneuerungsprojekt auch bei der Stimmbevölkerung zum Durchbruch verhelfen.

Spitalstandorte im ganzen Kanton

Gemeinsam bekräftigen die fünf Parteien: Alle sechs Vorlagen müssen vom Volk gemeinsam gutgeheissen werden; denn die Sanierungs- und Neubauprojekte verkörpern die Strategie der Regierung und des Kantonsrats zur stationären Gesundheitsversorgung. Die Zustimmung ist laut dem Parteienbündnis nötig, um weiterhin eine qualitativ hochstehende, kostengünstige und breite Gesundheitsversorgung über den ganzen Ringkanton St.Gallen gewährleisten zu können. Ein Ja zu allen sechs Vorlagen ist die Voraussetzung dafür, dass die öffentlichen Spitäler ihre Aufgaben in modernen und zweckmässigen Infrastrukturen erfüllen können. Ein Ja zu allen sechs Vorlagen garantiert weiterhin wichtige Arbeitsplätze in allen Regionen. Und schliesslich: Ein Ja zu allen sechs Vorlagen ermöglicht es der Regierung, das bewährte Netzwerk weiterzuentwickeln. Dieses Netzwerk unter den einzelnen öffentlichen Spitälern führte dazu, dass die Gesundheitskosten im schweizweiten Vergleich sehr tief liegen. Warum also Bewährtes aufgeben? – Ja zu den sechs Spitalvorlagen.

Spitalvorlagen im November vor dem Volk

Am 30. November entscheidet die St.Galler Bevölkerung über die Bauvorlage. Insgesamt 930 Mio. Franken möchten Regierung und Kantonsrat in den nächsten Jahrzehnten investieren und die öffentlichen Spitäler gemäss neuestem Stand aufrüsten. Dem überparteilichen Komitee gehören bis jetzt CVP, EVP, BDP, Grüne und SP an. Das Parteienkomitee ist ein weiterer Mosaikstein im Abstimmungskampf: Bereits hat sich die Interessengruppen der St.Galler Regionen in einem Komitee zusammengeschlossen; die Standortgemeinden haben sich ebenfalls hinter die Regierungsvorlagen gestellt. Das Parteienkomitee verdeutlicht, wie breit die politische Unterstützung für alle sechs Bauvorlagen ist.

St. Gallen, 15. September 2014

Weitere

Auskünfte:

CVP Patrick Dürr, Parteipräsident CVP SG, 076 347 68 67; Thomas Ammann, Fraktionspräsident CVP-EVP-Fraktion, 079 409 77 19

SP Monika Simmler, Parteipräsidentin SP SG, 079 791 14 21; Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion, 071 393 42 13

EVP Hans Oppliger, Parteipräsident EVP SG, 079 364 11 87

BDP Richard Ammann, Parteipräsident BDP SG, 078 640 89 09

Grüne Andreas Graf, Parteipräsident Grüne SG, 079 948 84 66

Übermittelt durch:

Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär, SP-SG

SP sagt Ja zu Bauvorhaben an der Kantonsschule Sargans und am Landwirtschaftlichen Zentrum in Salez

Die Geschäftsleitung der SP des Kantons St.Gallen fasste die Parolen für die beiden kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 28. September.

Die SP SG fasste die Ja-Parole zum Kantonsratsbeschluss über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans und zum Kantonsratsbeschluss über den Teilabbruch und Ersatzneubau der Landwirtschaftsschule am Landwirtschaftlichen Zentrum St.Gallen in Salez.

St.Gallen, 14. September 2014

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler**, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen
- **Guido Berlinger-Bolt**, Politischer Sekretär, SP-SG

SP und Grüne begrüßen die Haushaltskonsolidierung und bemängeln die Nullrunde beim Staatspersonal

Das Budget 2015 des Kantons St.Gallen sieht einen Aufwandüberschuss von 25.4 Mio. Franken und Nettoinvestitionen von rund 280 Mio. Franken vor. Die Fraktionsgemeinschaft von SP und Grünen kritisieren insbesondere den Umgang des Kantons mit seinen Angestellten.

Die SP-Grüne-Fraktion begrüsst die mit dem Voranschlag 2015 erreichte Konsolidierung des St.Galler Staatshaushalts. Eine tiefe Unzufriedenheit herrscht bei SP und Grünen aber über den Weg, wie dieses Ziel erreicht wurde: Während der letzten Jahre fand eine Umverteilung der Lasten von den sehr gut Verdienenden zum St.Galler Mittelstand statt. Die Steuergeschenke für einige wenige führten direkt in die Finanzmisere und sind damit für den Leistungsabbau in sehr sensiblen Bereichen verantwortlich.

SP und Grüne bedauern zudem einen Kantonsratsbeschluss aus der Februar-Session: Wie damals vom Kantonsrat beschlossen enthält das Budget 2015

nämlich keine Erträge einer allfälligen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Peter Hartmann, Fraktionspräsident von SP und Grünen: „Der Nichteinbezug der Gewinnausschüttung Schweizerischen Nationalbank SNB heisst nichts anderes als zusätzliche Einsparungen von 40 Mio. Franken im Budgetprozess. Dies in einer Zeit, da der Geschäftsgang der SNB 2015 voraussichtlich eine Ausschüttung zulassen wird.“ Für die SP-Grüne-Fraktion ist klar: Die Mittel werden einfach zum Aufbau von Eigenkapital für künftige Steuersenkungen verwendet.

Weitere Nullrunde beim Staatspersonal

Ein weiterer Kritikpunkt ist der Umgang des Kantons mit seinem Personal. „Die Staatsangestellten werden seit längerem und nun wieder im Voranschlag 2015 vernachlässigt“, sagt Peter Hartmann. Tatsächlich beschloss die bürgerliche Mehrheit während der Spardebatte vor Jahresfrist, der Personalaufwand sei um 1 Prozent zu reduzieren. Zusätzlich steigt die Belastungen aufgrund der ebenfalls im Sparpaket III geforderten „Effizienz- und Produktivitätssteigerung“. Also: Ein weiteres Jahr ohne Lohnentwicklung und weiterhin hohe Lohnabzüge für die Ausfinanzierung der Pensionskasse des Staatspersonals.

Künstliche Verschlechterung der Rechnung 2014

Am Donnerstag hat die Regierung auch erste Tendenzen für die Rechnung 2014 veröffentlicht. Die zeigt deutliche Verbesserungen und wird aus Sicht von SP und Grünen mittels Rückstellungen für verschiedene zukünftige Ausgaben künstlich verschlechtert. Damit wird der Druck auf den Haushalt aufrechterhalten.

Nicht nur Steuern, sondern auch Leistungen für das Gemeinwohl vergleichen

Die Regierung informierte auch über ein jährliches Steuermonitoring; sie scheint damit ein neues Steckenpferd gefunden zu haben, eine Art PISA-Ersatz. „Was ist dessen Ziel?“ fragt Peter Hartmann rhetorisch. Und antwortet: „Die Regierung wird jedes Jahr das gleiche Resultat aufzeigen, da die steuerliche Situation ja nur nach Steuergesetzrevisionen oder Veränderungen des

Staatssteuerfusses ändert. Oder will die Regierung auf diesem Weg das Terrain für künftige Steuergeschenke vorbereiten?“

Notwendig wäre aus Sicht der SP-Grüne-Fraktion ein paralleler Vergleich der staatlichen Leistungen in verschiedensten Bereichen (Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr, Bildungsangebote von der Volksschule bis zur Universität, Kultur usw.). Denn mit den Steuern werden die staatlichen Leistungen finanziert.

St.Gallen, 26. September 2014

Weitere Auskünfte:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär der SP Kanton St. Gallen

Abstimmungen am 28.09.2014

In der Schweiz heute wieder ein großer Abstimmungssonntag, nach dem 9. Februar 2014 und dem 18.Mai 2014

Mit knapper Mehrheit wird **Peter Neukomm**, der Sohn des langjährigen SP-Regierungsrats Ernst Neukomm, zum neuen Stadtpräsidenten in **Schaffhausen** gewählt. Ernst Neukomm war 32 Jahre SP-Regierungsrat (Minister) in der Kantonsregierung im Kanton Schaffhausen.

6 171 Stimmen für Peter Neukomm (SP), Raphael Rohner (FDP) 5 823 Stimmen

a) Eidgenössische Abstimmungen:

- mit 71 % scheidet die Gastro-Suisse-Initiative der Gaststätten-Wirte: sie wollten künftig verhindern, dass sie den vollen Mehrwertsteuersatz an den Fiskus abführen müssen, während die Imbissbuden mit Take away nur den kleinen Mehrwertsteuersatz zahlen.

- mit 61 % und am Ständemehr (an den Kantonen) scheidet die Initiative der Linken zur Abschaffung der privaten Krankenversicherung zugunsten einer einzigen öffentlichen Krankenversicherung

b)Kantonale Abstimmungen:

- im **Kanton Jura** stimmen die Stimmbürger/innen mit 53,97% zu, dass künftig für Ausländer ein passives Wahlrecht für Exekutivämter (in Gemeinden) erhalten, sofern sie 10 Jahre in der Schweiz und 1 Jahr im Kanton Jura leben. Das aktive Wahlrecht gibt es im Jura schon seit 1979.

- im **Kanton Schaffhausen** lehnen die Stimmbürger/innen mit 85% deutlich ein Wahl- und Abstimmungsrecht für Ausländer, wenn sie länger als 5 Jahre im Kanton leben, ab. Keine einzige der 26 Gemeinden im Kanton Schaffhausen unterstützte diese Initiative.

- **super**: im **Tiefsteuerkanton Schwyz** müssen künftig die Vermögenden einen höheren Steuersatz an den Fiskus abführen, 59,2 % Ja. Mehreinnahmen für den Kanton: 66 Mio Franken

- im Kanton St.Gallen wird eine Landwirtschaftsschule in Salez für 32 Mio Franken neu gebaut und eine Kantonsschule in Sarganz für 50 Mio Franken ausgebaut. 78 % ja

- in der Stadt St.Gallen lehnen es 80 % ab, dass die Reithalle ausgebaut wird, damit dort auch Kulturveranstaltungen stattfinden können,

Willi Bernhard

Serie:

Integration

Fällt in dieser Ausgabe aus

Der geplante Artikel kann leider erst in der nächsten Ausgabe erscheinen. Die Beschränkung auf etwa 40 Seiten ist bereits überschritten.

d. R.



SP AI:

Prämienexplosion 2015 – Ja zu einer öffentlichen Krankenkasse!

Die Krankenkassenprämien für das Jahr 2015 sind bekannt. In Appenzell Innerrhoden beträgt der durchschnittliche Anstieg bei den zehn grössten Krankenkassen 3,5 Prozent oder 130 Franken. Sehr auffällig sind in unserem Kanton die grossen Unterschiede dieser Aufschläge zwischen landesweit sehr hohen 13 Prozent und null Prozent. Nur im Kanton Waadt ist die Spannweite bei den Prämien noch höher. Diese Zahlen sprechen Bände.

Im Jahre 2007 haben die Krankenkassen versprochen, die Prämienexplosion zu stoppen. Doch regelmässig werden wir im Herbst mit massiven Prämienaufschlägen konfrontiert. Und Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien stärker als die Gesundheitskosten!

Der grosse Unterschied zwischen den Prämienaufschlägen der einzelnen Kassenanbieter beweist, dass der vom Krankenversicherungsgesetz (KGV) vorgeschriebene Risikoausgleich ausgehebelt wird. Billigkassen versuchen mit Dumpingangeboten Leute mit kleinem Krankheitsrisiko anzulocken und vergraulen unattraktive, kranke Versicherte mit Schikanen bei der Leistungserbringung, so dass diese zu einer andern Krankenkasse wechseln. Gemäss KGV müssen jedoch alle Kassenanbieter in der Grundversicherung die gleichen Leistungen für alle Versicherten erbringen und dürfen dabei keine Gewinne erzielen.

Die Prämienexplosion und die hohen Unterschiede bei den Aufschlägen für das kommende Jahr beweisen, dass unser heutiges System mit einem Dschungel von 61 im Pseudowettbewerb stehenden Krankenkassen nicht funktioniert. Am Abstimmungssonntag vom 28. September haben wir die Chance, dies zu ändern und mit unserer Stimme für ein Krankenversicher-

ungssystem einzustehen, welches den Fokus auf die Betreuung von PatientInnen und nicht auf die Jagd nach risikoarmen Versicherten richtet. Mit einem „Ja“ zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse stoppen wir die Prämienexplosion, verhindern unterschiedliche Prämien für gleiche Versicherungsleistungen und sichern die Gesundheitsversorgung für alle.

Appenzell, 09. September 2014 Die Parteileitung der SP Appenzell Innerrhoden (SP AI)

Martin Pfister, Präsident, Daniela Mittelholzer, Vizepräsidentin

Marc Hörler, Co-Parteisekretär, Vizepräsident, Ady Hospenthal, Vizepräsident

Othmar Inauen, Vizepräsident, Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär, Vizepräsident

Prämienexplosion stoppen!

Abstimmungsempfehlung der SP AI zur Initiative „für eine öffentliche Krankenkasse“

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) hat an ihrem Parteitag einstimmig die Ja-Parole zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse gefasst. Die SP AI unterstützt eine Krankenversicherung, welche die Gesundheitsversorgung für alle sichert, und dank besserer Koordination sowie mehr Prävention etwas gegen die stetig steigenden Gesundheitskosten unternimmt.

Die Volksinitiative „für eine öffentliche Krankenkasse“ über die am 28. September abgestimmt wird, verlangt, dass die Grundversicherung von einer öffentlich-rechtlichen Krankenkasse mit kantonalen Agenturen übernommen wird. Individuelle Prämien in jedem Kanton, verschiedene Versicherungsmodelle wie Kinderprämien, Franchisen-Rabatte oder Hausarztmodelle und die freie Arztwahl bleiben bestehen. Bei den Zusatzversicherungen ändert sich ebenfalls nichts. Im Trägerverein dieser Krankenkasse sind Patientenorganisationen, Berufs- und Branchenverbände, Gesundheitsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien vertreten.

Unser heutiges Krankenversicherungsgesetz (KGV) schreibt vor, dass die Versicherungsanbieter bei der Grundversicherung eine Aufnahmepflicht haben, gleiche Leistungen anbieten, keinen Gewinn erzielen sowie den Risikoausgleich zwischen günstigen gesunden und finanziell aufwendigen kranken Versicherten garantieren. In einem Dschungel von 61 privaten Kassen werden in der Grundversicherung 300'000 Versicherungsprodukte angebo-

ten. Das ist nicht Wettbewerb, sondern Chaos. Prämiengelder werden für die jährlich über zwei Millionen Franken teure Werbung, für Telefonmarketing, politisches Lobbying, sowie Manager- und Verwaltungsratsgehälter verschleudert. Die Krankenkassenprämien explodieren trotz gegenteiligen Versprechungen der Versicherungsanbieter und steigen Jahr für Jahr deutlich stärker als die Gesundheitskosten!

Patientenwohl im Zentrum

Das heutige System versagt. Die Krankenkassen ignorieren die Anliegen der Versicherten. Über Jahre hinweg bezahlten Millionen Versicherte zu hohe Prämien, weil die Krankenkassen die Reserven manipuliert haben. Die Versicherten in Appenzell Innerrhoden und in acht weiteren Kantonen, die über Jahre hinweg insgesamt fast 2 Milliarden Franken zu viel an Prämien bezahlt haben, müssen sich verschaukelt vorkommen. Sie erhalten nämlich nur 800 Millionen Franken zurückerstattet.

Zudem machen die 61 privaten Kassenanbieter Jagd auf jene 50% der Versicherten, welche nur etwa 5% der Versicherungskosten brauchen. Zu den Millionen an Prämiengeldern, welche in diesem Pseudowettbewerb für Werbeausgaben verschleudert werden, kommen für die jährlichen Kosten solcher Krankenkassenwechsel weitere 100 Millionen Franken dazu.

Dagegen versuchen die Kassen jene 5% der schwer und chronisch Kranken, welche die Hälfte aller Versicherungskosten benötigen, mit widerrechtlich abgelehnten Kostengutsprachen oder verzögerten Leistungsauszahlungen abzuschieben. Kranke sind immer teurere Versicherte als Gesunde. Daran ändert der beste Risikoausgleich nichts. Die privaten Versicherungen sind aus eigenen wirtschaftlichen Interessen an möglichst vielen zahlenden Versicherten und möglichst wenig zu finanzierenden „Schadenfällen“ interessiert, statt voll für die Kranken da zu sein. Dies bringt ihnen Gewinne. Deshalb investiert keine Krankenversicherung dort, wo mit besserer Behandlung im Gesundheitswesen am meisten Kosten eingespart werden könnten – bei den schwerkranken Menschen. Sieben Krankheiten verursachen 80 Prozent der Gesundheitskosten. Mit verstärkter Prävention und spezialisierten Behandlungsnetzwerken liessen sich mittelfristig bis zu zwei Milliarden Franken sparen. Während den 18 Jahren, in denen das KGV in

Kraft ist, kamen jedoch von den privaten Krankenkassen kaum innovative Beiträge im Behandlungsbereich. Im Juni 2012 wurde beispielsweise die Managed Care-Vorlage für eine verbesserte Zusammenarbeit von medizinischen Fachleuten in koordinierten Netzwerken vom Stimmvolk abgelehnt, weil die Krankenkassenlobby bei der Ausarbeitung dieser Gesetzesrevision einmal mehr den eigenen Profit über das Patientenwohl stellte.

Im Gegensatz zu den privaten Krankenversicherungen hat eine öffentliche Krankenkasse kein Interesse, ihre Gewinne und Reserven auf Kosten der Versicherten zu optimieren. Die Schwerkranken können nicht mehr abgeschoben werden und der teure Pseudowettbewerb um Gesunde entfällt. Sie muss sich um alle Versicherten kümmern. AHV und Suva zeigen, dass in unserem Land öffentliche Versicherungen gut funktionieren. Die SP AI sagt „Ja“ zu einer öffentlichen Krankenkasse. Sie stellt die Interessen der Versicherten ins Zentrum, kann etwas gegen die stetige Kostensteigerung im Gesundheitswesen unternehmen, und sichert eine gute Grundversorgung für alle.

Appenzell, 16. September 2014

Kontakt:

SP AI

**Martin Pfister, Präsident, Dani Wiedmer,
Co-Parteisekretär**

Schluss mit dem Kassenfilz – Ja zur öffentlichen Krankenkasse

Wer den Widerstand gegen die öffentliche Krankenkasse verstehen will, muss der Spur der Macht und des Geldes folgen! Mit unseren Prämiengeldern werden Löhne von Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen der 61 privaten Krankenkassen finanziert. Darunter sind auch zahlreiche eidgenössische ParlamentarierInnen. Wie hoch diese Honorare tatsächlich sind, dürfen wir jedoch nicht wissen. Die Krankenkassen-Lobbyistinnen im Parlament haben in der aktuellen Session die Forderung nach mehr Transparenz abgelehnt.

Zudem beschloss diese Kassenlobby klammheimlich die Aufhebung der freien Arztwahl. Sie hat im Nationalrat mit Hilfe der Ratsrechten eine Motion durchgedrückt, die es künftig möglich macht, dass die Krankenkassen an Stelle von uns die ÄrztInnen wählen. Deutlicher lässt sich nicht zeigen, wie

die Kassenanbieter im heutigen System die Interessen der Versicherten missachten. Denn das Ende der freien Arztwahl ist für eine grosse Mehrheit der Menschen in unserem Land nicht verhandelbar. Dies hat das Schweizer Stimmvolk 2008 und 2012 jeweils deutlich bestätigt.

Genau jene, welche eine landesweite, durch unsere Prämiengelder finanzierte, Kampagne gegen die Öffentliche Krankenkasse mit dem Slogan „Nein zum Ende der freien Wahl“ führen, beschränken die freie Wahl der Versicherten kurz vor dem Abstimmungswochenende massiv. Wenn wir diesem unverschämten Treiben kein Ende setzen, verwandeln die Krankenkassen das Gesundheitssystem vollends zu ihren Gunsten. Das einzige Mittel gegen dieses intransparente Lobbying und diesen unsäglichen Kassenfilz ist am 28. September ein „Ja“ zur öffentlichen Krankenkasse!

Appenzell, 22. September 2014 Die Parteileitung der SP Appenzell Innerrhoden (SP AI)
Martin Pfister, Präsident, Daniela Mittelholzer, Vizepräsidentin
Marc Hörler, Co-Parteisekretär, Vizepräsident, Ady Hospenthal, Vizepräsident
Othmar Inauen, Vizepräsident, Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär, Vizepräsident

Keine Steuergeschenke für wenige

Abstimmungsempfehlung der SP AI zur GastroSuisse-Initiative

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) hat an ihrem Parteitag einstimmig die Nein-Parole zur Initiative „Schluss mit der Mehrwertsteuerdiskriminierung des Gastgewerbes“ gefasst. Die SP AI will keine Steuergeschenke für wenige, wofür alle andern die Kosten tragen müssen.

Heute beträgt die Mehrwertsteuer 8 Prozent. Ausnahmen bilden Hotellerie-Leistungen, welche mit 3,8 Prozent sowie Nahrungsmittel, Druckerzeugnisse, Medikamente und Agrar-Werkstoffe mit dem tiefsten Steuersatz von 2,5 Prozent besteuert werden. Dieser tiefe Mehrwertsteuersatz entlastet vor allem Familien und Leute mit kleinem Budget. Seit im Jahre 1995 die Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer ersetzt wurde, gehen Klagen ein, diese Steuer sei unfair, ineffizient und aufwendig. Anläufe zu einer Vereinheitlichung der Steuersätze scheiterten im Parlament. Seit 2011 ist das Modell mit nur einem Steuersatz vom Tisch und letztes Jahr wurde ein Zweisatz-Modell ebenfalls abgelehnt. Die Initiative „Schluss mit der Mehrwert-

steuerdiskriminierung des Gastgewerbes“, über die am 28. September abgestimmt wird, ist ein weiterer Versuch einer Korrektur. Sie will bei der Mehrwertsteuer Leistungen in Restaurants dem Lebensmittelhandel gleich stellen. Davon ausgenommen bleiben Alkohol und Tabakwaren.

Offen bleibt, wie diese Initiative umgesetzt und welcher Mehrwertsteuersatz bei dieser Angleichung angewendet werden soll. Das Parlament könnte den Steuersatz auf 2,5 Prozent senken. Dann würde das Menü im Restaurant gleich besteuert wie die Lebensmittel im Laden. Dem Bund entgingen jedoch Steuereinnahmen von jährlich 750 Millionen – davon alleine der AHV 75 Millionen Franken. Das wäre ein teures Geschenk an die WirtInnen oder, falls diese überhaupt ihre Preise senken würden, an deren Gäste. Die Initiative könnte auch ohne Steuerausfälle umgesetzt werden. Dann müsste gemäss Bundesrat der Steuersatz für Nahrungsmittel auf 3,8 Prozent angehoben werden. Auch dieser Weg führt letztlich zu einer Umverteilung zu Gunsten der Gastrobranche. Die Haushalte würden durch höhere Lebensmittelpreise stärker belastet und die WirtInnen dagegen beschenkt. Doch zu Hause essen darf nicht teurer werden. Bereits bei der zu Kriegszeiten eingeführten Warenumsatzsteuer wurden Nahrungsmittel privilegiert besteuert.

Heute ist jedoch ausser den Lebensmitteln längst nicht alles Luxus. Trotzdem werden zum Beispiel Kleider oder das Zug-Billet des Arbeiters mit dem höchsten Satz besteuert. Bei jeder Mehrwertsteuerreform ist jeweils das sozialpolitische Element der entscheidende Haken. Direkte Steuern wie unsere Einkommenssteuern können mit der Progression sozial gestaffelt werden. Dafür eignen sich jedoch Gebühren oder indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer denkbar schlecht.

Bei der von dieser Initiative vorgeschlagenen Anpassung der Mehrwertsteuer zahlen schliesslich alle die Zeche für eine einseitige Bevorzugung des Gastgewerbes. Das ist nicht fair. Deshalb sagt die SP AI „Nein“ zur GastroSuisse-Initiative.

Appenzell, 23. September 2014
Kontakt:

SP AI
Martin Pfister, Präsident, Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Hans-Peter Storz, MdL

E-Mail: info@hans-peter-storz.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts: Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07532/313048

Tel.: 07542/20349

E-Mail: roterseechas@kabelbw.de und

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Presse LV BW:

Landesvertr.Presse@lvthberlin.bwl.de

Pressesprecher LVT BWL Berlin

nils.barg@lvthberlin.bwl.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma02@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Dagmar Neubert-Wirtz:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Sz-Online:

<http://www.schwaebische.de/>

Helge Körber:

Koerber.Helge@web.de

Josef Büchelmeier:

josef.buechelmeier@t-online.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Wolf99maci@aol.com

Jonas Butscher:

pressemaci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

Katrin Fischer:

katrin90x@googlemail.com

Helen Berg:

pressemaci@aol.com

Alex Geisler:

Alex.Geisler@gmx.de

Margit Renner:

info@kjr-biberach.de

Hilde Mattheis:

Hilde.Mattheis@bundestag.de

Siegbert Schlor:

siegbert.schlor@web.de

Vorarlbergs soziale Kraft:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Fritsch Annette:

Annette.Fritsch@spoe.at

Monika Simmler:

monikasimmler@gmail.com

Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:

berlinger-bolt@sp-sg.ch

Karin Keller-Sutter:

karin.keller-sutter@parl.ch

Paul Rechsteiner:

rechsteiner@anwaelte44.ch

Daniel Hungerbühler, SP St. Gallen:

Hungerbuehler@sp-sg.ch

Peter Hartmann:

hartmann.forrer@bluewin.ch

Dani Wiedmer:

info@sp-ai.ch

Marc Hörler:

info@sp-ai.ch

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de